

Kolumbiens Gewalt-Frieden: Zum Anstieg der Gewalt gegen soziale Aktivisten und Aktivistinnen seit dem Friedensabkommen 2016

Rähme, Sophie

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rähme, S. (2019). *Kolumbiens Gewalt-Frieden: Zum Anstieg der Gewalt gegen soziale Aktivisten und Aktivistinnen seit dem Friedensabkommen 2016*. (PRIF Reports, 3). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-64357-8>

Nutzungsbedingungen:

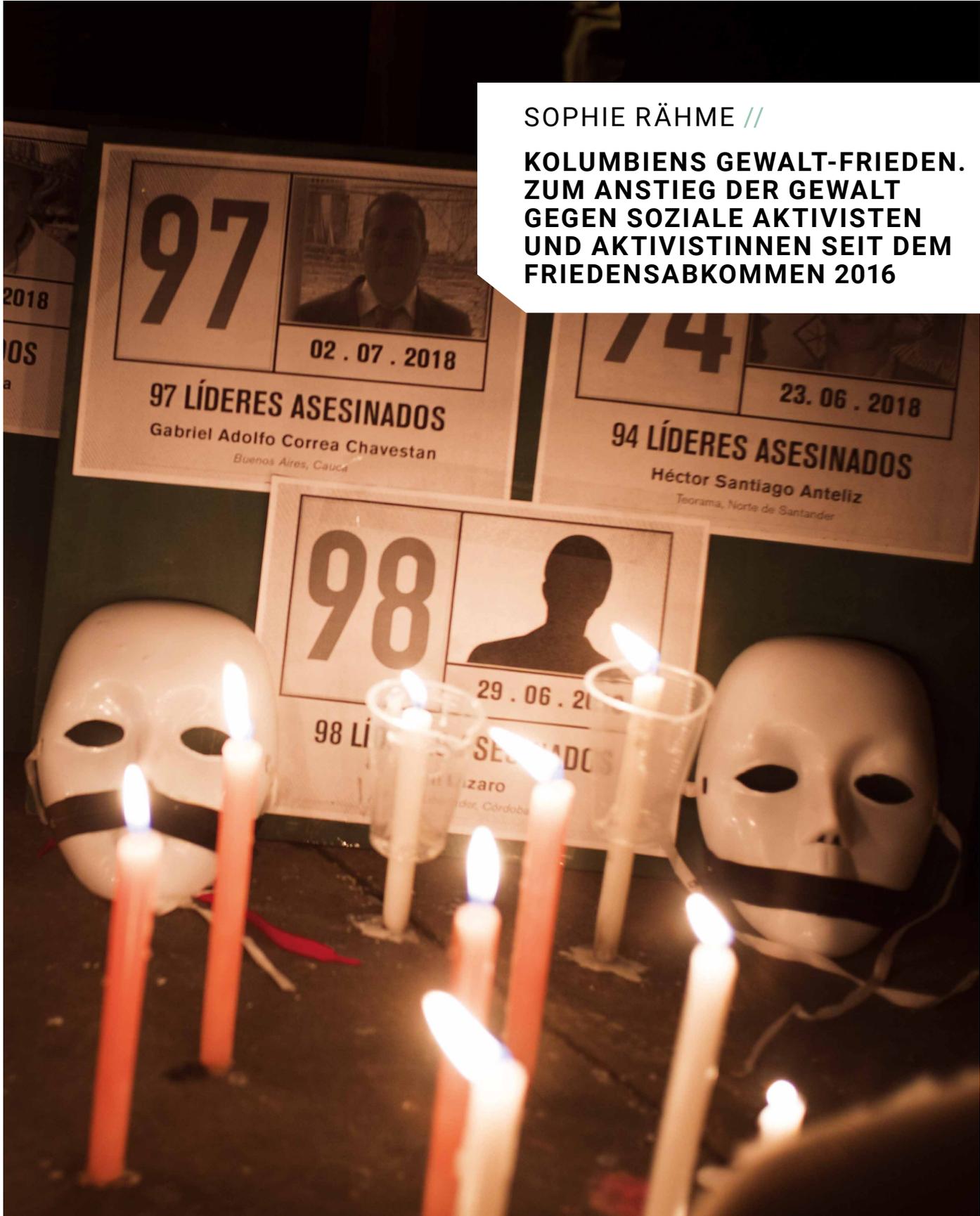
Dieser Text wird unter einer CC BY-ND Lizenz (Namensnennung-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-ND Licence (Attribution-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0>

PRIF REPORT

PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT / LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG



SOPHIE RÄHME //

**KOLUMBIENS GEWALT-FRIEDEN.
ZUM ANSTIEG DER GEWALT
GEGEN SOZIALE AKTIVISTEN
UND AKTIVISTINNEN SEIT DEM
FRIEDENSABKOMMEN 2016**

PRIF Report 3/2019

KOLUMBIENS GEWALT-FRIEDEN

ZUM ANSTIEG DER GEWALT GEGEN SOZIALE
AKTIVISTEN UND AKTIVISTINNEN SEIT DEM
FRIEDENSABKOMMEN 2016

SOPHIE RÄHME //



Der vorliegende Report ist im Rahmen des Deutsch-Kolumbianischen Friedensinstituts (*Instituto Colombo-Alemán para la Paz - CAPAZ*) entstanden, das vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) aus Mitteln des Auswärtigen Amtes (AA) finanziert wird.

www.instituto-capaz.org

LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG (HSFK)
PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT (PRIF)

Coverbild:

Fotos von getöteten Aktivisten im Kerzenschein. Aufgenommen am 6. Juli 2018 während einer Mahnwache in Bogota, Kolumbien.

Foto: picture alliance / NurPhoto.

Textlizenz:

Creative Commons CC-BY-ND 4.0 (Namensnennung/Keine Bearbeitungen/4.0 International).

Das Coverbild unterliegt eigenen Lizenzbedingungen.



Adresse:

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Baseler Straße 27–31

60329 Frankfurt am Main

Telefon: +49 69 95 91 04-0

E-Mail: info@hsfk.de

<https://www.hsfk.de>

ISBN: 978-3-946459-45-3

ZUSAMMENFASSUNG

Der Ende 2016 ausgehandelte Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und der ältesten lateinamerikanischen Guerilla *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo* (FARC-EP), der einen mehr als 50 Jahre anhaltenden bewaffneten Konflikt beendete, wurde international gefeiert. Doch mit der Unterzeichnung dieses Friedensschlusses sind die Probleme nicht gelöst, der Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens, den das Abkommen anstrebt, ist in vielerlei Hinsicht noch unsicher. Trotz weitgehend erfolgreicher Demobilisierung und der Waffenabgabe der FARC-EP sowie einer allgemeinen Reduktion der Gewalt, die im Zuge der Friedensverhandlungen auf ein historisches Tief sank, stieg die Anzahl der Morde an „sozialen Anführerinnen und Anführern“ (*lideresas y líderes sociales*) seit 2016 kontinuierlich an und erreichte 2018 einen nie zuvor dokumentierten Höchststand.

Vor diesem Hintergrund sucht der vorliegende Report nach den Ursachen und Bedingungen, die diesem jüngsten Anstieg der Gewalt zugrunde liegen. Dabei werden Analysen ausgewertet, die von kolumbianischen und internationalen, staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen vorgelegt wurden. Ein Großteil der Berichte beleuchtet den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Mordzahlen in den ländlichen und ärmeren Gegenden Kolumbiens und dem Streit um Landrechte und Ressourcen in den von der FARC-EP zurückgelassenen Gebieten. Diese Berichte führen die selektive Gewalt gegen Aktivisten und Aktivistinnen im Rahmen der neuen Friedensdynamiken ursächlich auf das durch den Rückzug der FARC entstandene Machtvakuum zurück. Als alleinige Erklärung, so zeigt die folgende Analyse der selektiven Gewalt mehr als zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens, greift dies allerdings zu kurz: Die Entstehung eines Machtvakuaums durch die geplante Demobilisierung der FARC-Guerillera setzt bereits voraus, dass der Staat entweder nicht in der Lage oder nicht willens ist, die entsprechende territoriale Kontrolle zu übernehmen und gefährdete zivile Gruppen wirksam zu schützen. Dieses „Staatsversagen“ verlangt seinerseits nach einer Erklärung. Dies gilt ebenfalls für die spezifische Selektivität der Gewalt gegen Aktivisten und Aktivistinnen. Erst vor dem Hintergrund der politisch-institutionellen Bedingungen, die die anhaltende Gewalt durch ineffiziente staatliche Schutzmechanismen zumindest ermöglichen, sowie der historisch-strukturellen Selektivität der Gewalt, lässt sich das Phänomen der Morde an Aktivistinnen und Aktivisten im Kontext der Demobilisierung der FARC-EP verstehen.

Nach einem knappen Überblick über die relevanten Aspekte der kolumbianischen Geschichte werden in diesem Report die Charakteristika, Muster und Dynamiken der gegenwärtigen Gewalt gegen soziale Aktivisten und Aktivistinnen anhand quantitativer Daten und qualitativer Analysen rekonstruiert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die zeitliche Entwicklung und die geographische Verteilung der Gewalttaten sowie die Charakteristika der Opfer und das (begrenzte) Wissen über Täter und die Auftraggeber der Morde. Um der Frage nach den Ursachen der aktuellen Gewaltwelle nachzugehen, werden sodann drei zusammenhängende zentrale Erklärungsdimensionen identifiziert und diskutiert: zum einen die politisch-ökonomische Dynamik der aktuellen Auseinandersetzungen um Territorial- und Ressourcenkontrolle im Nachgang der Demobilisierung der FARC-EP; zum anderen die politisch-institutionelle Dimension der staatlichen Ermöglichungsbedingungen von Gewalt; sowie schließlich die

strukturelle Dimension historischer Diskriminierungs- und politisch-rechtlicher Ausschlussmuster der Gewalt gegen kommunale, klein-bäuerliche und indigene Aktivisten und Aktivistinnen.

Die Schlussfolgerungen fassen die zentralen Ergebnisse zusammen: Die selektive Gewalt zwischen 2016 und 2018 richtete sich überwiegend gegen kommunale und indigene Aktivisten und Aktivistinnen. Sie tritt besonders in von Armut betroffenen Regionen, ehemaligen FARC-EP Einflussgebieten und in Gebieten mit illegalen Ökonomien (Koka, Bergbau etc.) auf. Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Gewalt und Friedensabkommen – aufgrund des im Zuge der Demobilisierung der FARC-EP entstandenen Machtvakuum. Hinter diesem Faktor stehen weitere Kontextfaktoren, die die Gewalt bedingen und ermöglichen. Dazu zählt die nicht vorhandene oder geringe Bereitschaft einiger staatlicher Institutionen, das Leben der Aktivisten und Aktivistinnen wirksam zu schützen. Neben mangelnder Strafverfolgung der Täter und Auftraggeber der Morde, ermöglichen es zudem versagende Sicherheitsmechanismen, dass die selektive Gewalt, die historischen Ausschlussmustern folgt, andauert bzw. sogar ansteigt. Der Report bietet damit im Kern eine systematische Zusammenstellung und Auswertung der reichlich fragmentierten Informationen und Einschätzungen, die zum Thema der Morde an Aktivistinnen und Aktivisten in Kolumbien existieren. Dabei macht er zugleich einem deutschsprachigen Publikum eine primär auf Spanisch vorliegende Debatte zugänglich.

1. EINLEITUNG	1
2. KOLUMBIENS BEWAFFNETER KONFLIKT UND DER FRIEDENSSCHLUSS VON HAVANNA	4
2.1 DAS FRIEDENSABKOMMEN VON HAVANNA	5
2.2 AKTIVE ILLEGAL BEWAFFNETE GRUPPEN IN KOLUMBIEN	6
3. DER ANSTIEG DER GEWALT GEGEN SOZIALE AKTIVISTEN UND AKTIVISTINNEN WÄHREND DES FRIEDENSPROZESSES	9
3.1 DIE ENTWICKLUNG DER GEWALT ÜBER ZEIT	10
3.2 GEOGRAPHISCHE DIMENSION DER GEWALT	12
3.3 OPFERGRUPPEN	16
3.4 TÄTERGRUPPEN	18
3.5 ZWISCHENFAZIT	19
4. DIE GEWALT GEGEN SOZIALE AKTIVSTEN UND AKTIVISTINNEN: EIN ALTES PROBLEM MIT NEUEN DYNAMIKEN	20
4.1 POLITÖKONOMISCHE DIMENSION: DAS MACHTVAKUUM UND DIE GEWALTVOLLE NEUAUSHANDLUNG VON LAND UND RESSOURCEN	21
4.2 POLITISCH-INSTITUTIONELLE DIMENSION: „STAATSVERSAGEN“ UND RHETORIK STATT POLITISCHEM WILLEN	23
4.3 STRUKTURELLE DIMENSION: HISTORISCHE DISKRIMINIERUNGS- UND GEWALTMUSTER	26
5. FAZIT	28
LITERATUR	30
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	38

1. EINLEITUNG

Mit dem Abschluss des weltweit gefeierten Friedensabkommens von Havanna Ende 2016 gilt der seit den 1960er Jahren währende Konflikt zwischen dem kolumbianischen Staat und der ältesten lateinamerikanischen Guerilla *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo* (FARC-EP) als beigelegt.¹ Der Abschluss des Abkommens² sowie die weitgehend erfolgreiche Demobilisierung und Waffenabgabe der FARC-EP traf international auf viel Lob und Unterstützung. Viele Punkte des Friedensschlusses verharren bisher allerdings immer noch in der Umsetzung, und der Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens ist mit Amtsantritt des rechts-konservativen Präsidenten Iván Duque (und politischer Ziehsohn des Friedensabkommens-Gegners Álvaro Uribe Vélez) seit Sommer 2018 in vielerlei Hinsicht unsicher.³ Dabei hat insbesondere ein Phänomen in Kolumbien sowie auch international zunehmend Aufmerksamkeit erfahren: der Anstieg der Gewalt, die sich gezielt gegen soziale Aktivisten und Aktivistinnen richtet (vgl. Fundación Paz y Reconciliación 2018a, 2018b; Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018, OHCHR 2018; Kroc Institute 2018; PSD 2018a; Defensoría del Pueblo 2017, 2018; UNAL et al. 2018; ONIC 2018; CINEP et al. 2017, 2018, 2019; Procuraduría General de la Nación 2018).

Während mit Friedensverhandlungen und Abkommen die Gewalt in militärischen Auseinandersetzungen auf ein historisches 30-Jahrestief gefallen ist (El Colombiano 2017) und auch die Zahl der Ermordungen zwischen 2012 und 2017 deutlich und kontinuierlich gesunken ist (Fajardo-Heyward 2018: 236), weist die Zahl der Morde an sozialen Aktivisten und Aktivistinnen seit dem erfolgreichen Friedensschluss Ende 2016 einen gegenläufigen Trend auf. Diese Gewalt richtet sich gezielt gegen sogenannte „soziale Anführer und Anführerinnen“ (*líderes y líderes sociales*),⁴ die sich auf nationaler oder lokaler Ebene für die Rechte der indigenen und afrokolumbianischen Bevölkerung sowie

-
- 1 Dieser Bericht ist im Rahmen meiner studentischen Hilfskrafttätigkeit an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) entstanden, die vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) aus Mitteln des Auswärtigen Amtes im Rahmen der Förderung des Deutsch-Kolumbianischen Friedensinstituts CAPAZ finanziert wurde. Mein besonderer Dank gilt Jonas Wolff und Peter Kreuzer.
 - 2 Wenn im Folgenden von Friedensabkommen die Rede ist, ist damit der Friedensvertrag gemeint, der im November 2016 in überarbeiteter Form zwischen der Regierung von Juan Manuel Santos und den FARC-EP geschlossen und vom kolumbianischen Kongress angenommen wurde, das „Acuerdo Final para la Terminación del Conflicto y la Construcción de una Paz Estable y Duradera“ (Alto Comisionado Para La Paz 2016).
 - 3 Der dritte Bericht des Kroc Institute zur Umsetzung des Friedensabkommens resümiert, dass seit Ende 2016 bis zum 28.02.2019 insgesamt 23% der Vereinbarungen umgesetzt wurden, sich 12% der Implementationen in einem fortgeschrittenen oder mittleren Stadium befinden, 34% der Abmachungen bisher nur minimal und 31% der Abmachungen noch gar nicht umgesetzt wurden. Davon sind einerseits die politische Wahlreform sowie die Landreform betroffen, deren Fortschritt durch politische Hindernisse erschwert wird. Andererseits ist die Implementation weiterer Teile der Abmachungen erst für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen (Kroc Institute 2019b: 17).
 - 4 Im Spanischen wird meist von *líderes y líderes sociales* und/oder von *defensores y defensoras de derechos humanos y la paz* (Menschenrechts- und Friedensverteidigern und -verteidigerinnen) gesprochen. Nach Angaben von PSD (2016a: 23) kann man davon ausgehen, dass viele der betroffenen Aktivisten und Aktivistinnen als „Multidefensores“ (Vielfach-Verteidiger) mehrere aktivistische Tätigkeiten gleichzeitig ausüben. Aus Gründen der Übersichtlichkeit spricht der vorliegende Report pauschal von sozialen Aktivisten und Aktivistinnen, womit in diesem spezifischen Kontext sowohl offizielle Vertreter und Vorstehende lokaler Gemeinden als auch Repräsentanten zivilgesellschaftlicher Menschen-, Minderheits-, Landnutzungs-, Landrückgabe- und Umweltrechtsorganisationen sowie generell Personen und Gruppen, die den Frieden aufbauen, gemeint sind.

allgemein für Menschen-, Umwelt-, Landrückgabe- und Landnutzungs- und Minderheitsrechte einsetzen. Lag die Zahl dieser gezielten Tötungen zwischen 2013 und 2016 jährlich deutlich unter 100, stieg sie seit Ende 2016 deutlich an und lag in den Jahren 2017 und 2018 jährlich über 100 (vgl. PSD 2018a: 15; Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018).

Die genauen Opferzahlen sind in Kolumbien umstritten. Dennoch dokumentieren die meisten Nichtregierungs- und Regierungsorganisationen spätestens seit 2016 einen Anstieg der Gewalttaten (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018; PSD 2018a: 62; Defensoría del Pueblo 2018). Und auch der Grundtenor ist fast immer gleich: Menschen, die sich in Kolumbien für Umwelt- und Land-, Minderheits- und Menschenrechte einsetzen, haben bisher kaum vom Friedensprozess profitiert. Im Gegenteil: Für sie ist der Post-Konflikt von fortgesetzter, ja ansteigender Gewalt geprägt.⁵ Die Duque-Regierung ist primär an der Lösung von Kolumbiens Wirtschaftsproblemen durch die Umsetzung der Digitalisierung interessiert. Dadurch wurden die Pläne der alten Regierung zur strukturellen Bekämpfung der selektiven Gewalt über rechtliche Schutzgarantien für Aktivisten und Aktivistinnen ins Abseits gespielt (vgl. PSD 2019). Angesichts dieses Gewalttrends im Kontext eines bis dato grundsätzlich erfolgreichen Friedensprozesses geht der vorliegende Report der Frage nach, *wie die fortbestehende bzw. gar ansteigende gezielte Gewalt⁶ gegen soziale Aktivisten und Aktivistinnen im Kontext der seit Ende 2016 begonnenen Umsetzungen des Friedensabkommens zu erklären ist.*

Als Ausgangspunkt der Argumentation dienen die Analysen von Nichtregierungsorganisationen (vgl. CINEP et al. 2017; Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018; UNAL et al. 2018; PSD 2018a; ONIC 2018; UNAL et al. 2018) und staatlichen Behörden (vgl. Defensoría del Pueblo 2018, Procuraduría General de la Nación 2018), die in der Tat darauf hinweisen, dass es einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Friedensprozess und dem Anstieg gezielter Gewalt gibt. Die Morde an sozialen Aktivisten und Aktivistinnen lassen sich ursächlich auf das Machtvakuum zurückführen, das in einigen Regionen des Landes durch den Rückzug der FARC-Guerilla entstanden ist. Als Folge ringen diverse alte und sich neu formierende bewaffnete Gruppen, darunter FARC-Dissidenten, die verbleibende Guerrilla *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) sowie paramilitärische und kriminelle Gruppen untereinander und auch mit den staatlichen Sicherheitskräften um die Kontrolle von Territorien und Ressourcen (illegale Drogenökonomien, illegaler Bergbau und Megaprojekte) (El Tiempo 2018a). Primär treten die Morde in den ländlichen Gegenden auf, die durch größere sozio-ökonomische Ungleichheit (Alldredge et al. 2017) geprägt sind. Aktivisten und Aktivistinnen, die sich hier für Drogensubstitutionsprogramme, Umwelt- und Landnutzungsrechte einsetzen, geraten offensichtlich als Hindernis mächtiger Interessen an Land und Ressourcen in den Fokus illegaler Gewaltakteure.

5 Der Titel dieses Reports, „Kolumbiens Gewalt-Frieden“, verdeutlicht diese Gleichzeitigkeit von Friedensprozess und (zunehmender) Gewalt. Der Begriff des „Gewalt-Friedens“ (Wolff/Dietz 2018) und das zugrundeliegende Phänomen eines „Friedens, der von Gewalt geprägt ist“, wurde in anderem Zusammenhang von Heidrun Zinecker untersucht (2002, 2007).

6 Der Begriff der Gewalt wird an einigen Stellen näher spezifiziert. Ist dies nicht der Fall, ist mit Gewalt meist eine soziopolitische Gewalt gemeint, die als historisches Phänomen in Kolumbien gilt (CAJAR/Comisión Intereclesial de Justicia y Paz/Coporación Jurídica Yira Castro et al. 2018: 10).

Versuche, Teile der sozialen und politischen Opposition auszuschalten, existieren in Kolumbien seit Konfliktbeginn. Die aktuelle selektive Gewalt folgt einer anderen Logik, da sie innerhalb neuer Dynamiken und mit neuen Methoden praktiziert wird (CINEP/PPP 2019: 6). Das entstandene Machtvakuum in ehemaligen Präsenz-Regionen der FARC-EP und Regionen illegaler Ökonomien erklärt zwar den Anstieg der Gewalt; als hinreichende Erklärung für das Fortbestehen der selektiven⁷ und „getarnten Gewalt“⁸ (CINEP/PPP 2019) zwei Jahre danach genügt es aber nicht. Die Entstehung eines Machtvakuum durch die geplante Demobilisierung der FARC-Guerillera setzt bereits voraus, dass der Staat entweder nicht in der Lage oder nicht willens ist, die entsprechende territoriale Kontrolle zu übernehmen und gefährdete zivile Gruppen wirksam zu schützen. Dieses „Staatsversagen“ verlangt seinerseits nach einer Erklärung. Das gilt ebenfalls für die spezifische Selektivität der häufig von Auftragsmördern verübten Morde an Aktivisten und Aktivistinnen, insbesondere solcher kommunal aktiver und ethnischer Gruppen. Diese lässt sich nicht bloß durch die konkreten Interessen an territorialer Kontrolle erklären, die von Gewaltakteuren durchgesetzt werden. Die Tatsache, dass insbesondere Vertreter und Vertreterinnen historisch diskriminierter Bevölkerungsgruppen von der Gewalt betroffen sind, verweist auf eine strukturelle Dimension des Phänomens (vgl. Guevara 2019: 3; Peña Huertas 2018: 90), in der sich auch rechtlich-politische Ausschluss- und ethnische Marginalisierungsmuster der Gewalt verbinden. Das komplexe Phänomen der Morde an Aktivisten und Aktivistinnen im Kontext der FARC-Demobilisierung und der Neuverteilung der territorialen und hegemonialen Ordnung aufseiten verschiedener illegaler Akteure ist vor dem Hintergrund zweier Dimensionen zu betrachten: Die politisch-institutionelle Dimension, die die Normalisierung der Gewalt (durch z.B. unzureichende Schutzgarantien) aufseiten des kolumbianischen Staats zumindest ermöglicht, und die historisch-strukturelle Dimension der Gewalt.

Im folgenden Überblick über die kolumbianische Geschichte werden der Konflikt, seine Hauptakteure, Konfliktkennzeichen und der historische Friedensschluss von 2016 kurz skizziert. In einem zweiten Schritt werden die Charakteristika, Muster und Dynamiken der gegenwärtigen Gewalt gegen soziale Aktivisten anhand quantitativer Daten und qualitativer Analysen rekonstruiert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die zeitliche Entwicklung und die geographische Verteilung der Gewalttaten, die Identität der Opfer sowie das (begrenzte) Wissen über Täter und die Auftraggeber der Morde. Folgende drei zusammenhängende zentrale Erklärungsdimensionen werden herangezogen, um den Ursachen, Ermöglichungsfaktoren und strukturellen Bedingungen der aktuellen Gewaltwelle nachzugehen: 1. die ursächliche politisch-ökonomische Dynamik der aktuellen Auseinandersetzungen um Territorial- und Ressourcenkontrolle im Nachgang der Demobilisierung der FARC-EP; 2. die politisch-institutionelle Dimension eines staatlichen Kontextfaktors zur Normalisierung und Ermöglichung von Gewalt; sowie 3. die strukturelle Dimension historischer Diskriminierungs- und politisch-rechtlicher Ausschlussmus-

7 Die soziopolitische Gewalt wird in diesem Report als gezielt oder selektiv beschrieben, da diese sich spezifisch gegen einzelne soziale Aktivisten und Aktivistinnen richtet. Die soziopolitische Gewalt der Vergangenheit richtete sich hingegen vor allem gegen große Syndikate, nationale Bauernbewegungen, Studenten oder linke Parteien (vgl. CINEP/PPP 2019). Die aktuelle soziopolitische Gewalt unterscheidet sich von der bisher bekannten Gewalt an Aktivisten und Aktivistinnen, da sie sich gezielt und selektiv gegen einzelne auf dem Land lebende Aktivisten und Aktivistinnen richtet, die sich für die Belange ihrer Gemeinschaften einsetzen (vgl. CINEP/PPP 2019).

8 Die Auftragsmörder sind oft durch Kapuzen getarnt, wodurch die Täter nicht erkannt werden und in den Statistiken als „nicht identifizierbare Täter“ auftauchen (vgl. CINEP/PPP 2019). Dies führt dazu, dass CINEP/PPP (2019) die Gewalt als „getarnte Gewalt“ (*violencia camuflada*) beschreiben.

ter der Gewalt gegenüber der ländlich-kleinbäuerlichen Bevölkerung und insbesondere gegenüber der indigenen Bevölkerung. Die verschiedenen Erklärungsansätze, die sich aufeinander beziehen und deshalb nicht isoliert voneinander bestehen können, werden schließlich zusammengefasst, womit der Report im Kern eine systematische Zusammenstellung und Auswertung der reichlich fragmentierten Informationen und Einschätzungen, die zum Thema Aktivisten-Morde in Kolumbien existieren, bietet. Dabei macht er zugleich einem deutschsprachigen Publikum eine primär auf Spanisch vorliegende Debatte zugänglich.

2. KOLUMBIENS BEWAFFNETER KONFLIKT UND DER FRIEDENSSCHLUSS VON HAVANNA

Die Geschichte des überwiegend auf dem Land ausgetragenen bewaffneten Konflikts in Kolumbien reicht bis in die 1930er Jahre. In dem Report werden der Konflikt zwischen der FARC-EP und der Regierung sowie das zwischen ihnen 2016 abgeschlossene Friedensabkommen dargestellt. Angaben des *Centro Nacional de Memoria Histórica* (CNMH 2012) zufolge forderte der Konflikt zwischen 1958 und 2012 rund 218.094 dokumentierte Opfer, von denen die Mehrzahl (81%) aus der Zivilbevölkerung kam. Zudem kam es zu Tausenden von Massakern, zum gewaltvollen Verschwindenlassen von circa 82.998 Menschen (zwischen 1958 und 2017), und mehr als sieben Millionen Menschen flohen als Binnenflüchtlinge vom Land in größere Städte (vgl. CNMH 2012; 2018).

Als Auslöser des kolumbianischen Bürgerkrieges wird einerseits der „Landkonflikt“ (vgl. LeGrande 2003; Helfrich/Kurtenbach 2006) zwischen der landbesitzenden Elite und einer Manufaktur- und kommerziell-orientierten Bourgeoisie angeführt (Richani 2018: 2f.). Andererseits wird der „Parteienkonflikt“ aus Zeiten der „*La violencia*“ (1948–1958) genannt. In diesen Jahren prallten Konservative und Liberale gewaltsam aufeinander. Schließlich verständigten sich die konkurrierenden Fraktionen in einem Regierungspakt auf eine Machtteilung in einem Zweiparteiensystem (*Frente Nacional*, 1958–1974). Diese Machtteilung brachte Kolumbien ab 1958 Jahrzehnte relativer demokratischer Stabilität, allerdings um den Preis des Ausschlusses anderer soziopolitischer Kräfte (vgl. Helfrich/Kurtenbach 2006: 8; Richani 2018) und linker Parteien (vgl. LeGrande 2003: 173; Helfrich/Kurtenbach 2006: 9).

Auf diesem politischen Nährboden entstanden in den 1960er und 1970er Jahren die beiden größten linksgerichteten Guerillagruppen (vgl. LeGrande 2003: 175) sowie etliche kleinere. Die größte Guerillagruppe, die FARC-EP, entstand 1964 als marxistische ausgerichtete Guerillaeinheit mit einer wesentlichen Basis im ländlichen Raum (Helfrich/Kurtenbach 2006: 17). Die zweitgrößte Guerillagruppe, die Nationale Befreiungsarmee – *Ejército de Liberación Nacional* (ELN), ist bis heute aktiv und gründete sich 1965 im Umfeld der Studentenbewegung „am Vorbild der castrischen Guerilla auf Kuba“ (Helfrich/Kurtenbach 2006: 17).

In den 1990ern eskalierte der Konflikt durch die Verstrickung des illegalen Drogengeschäfts sowohl mit Guerillas als auch mit unterschiedlichen rechtsgerichteten paramilitärischen Gruppen (Prem et

al. 2018: 4).⁹ Die Paramilitärs erlangten dadurch ein hohes Maß an Autonomie und konsolidierten sich als vereinigte Bürgerwehr Kolumbiens zu den „Vereinten Selbstverteidigungsgruppen“ – *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) (LeGrande 2003: 182). Im Zuge der Dynamiken der 1990er etablierten sich Mord, Terror und massive interne Vertreibungen als „strategische Ressource“ verschiedener bewaffneter Akteure (Morenz 2017: 234) im Kampf um territoriale Vorherrschaft, wodurch die Zivilbevölkerung permanent unter Angriff geriet: So töteten Paramilitärs z.B. Zivilisten, die sie für Guerilla-Sympathisanten hielten, und vertrieben Tausende von Menschen, um das Land für Großgrundbesitzer zu sichern (vgl. LeGrande 2003: 183, 184; Morenz 2017: 235). Sie „bereinigten“, z. T. unterstützt durch staatliche Sicherheitskräfte, ganze Gegenden von Menschen, um das Land für die kapitalistische Kommodifizierung zu öffnen (Morenz 2017: 235). Indigene und afrokolumbianische Bevölkerungsgruppen, die in ressourcenreichen Regionen Kolumbiens lebten, waren überproportional von dieser Gewalt betroffen (vgl. Escobar 2008: 18 in Morenz 2017: 235). Unterstützt von ökonomischen und politischen Eliten verfolgten und vernichteten staatliche Sicherheitskräfte bestimmte soziale Sektoren, die als „innerer Feind“ (*enemigo interno*) angesehen wurden (CAJAR et al. 2018: 11). Paramilitärs töteten soziale Aktivisten und Aktivistinnen, die sie als „Instrument der kommunistischen „Subversion““ sahen und ließen Zivilisten verschwinden (Prem et al. 2018: 6).

Zwischen 1989 und 2007 demobilisierten sich viele kleinere Guerillas, jedoch scheiterte die Friedensverhandlung mit der FARC-EP. Zwischen 1980 und 1990 wurden etliche Führungskräfte der linken Partei *Unión Patriótica* (UP) selektiv ermordet. Mit dem im Jahre 2000 von den USA und Kolumbien unterzeichneten *Plan Colombia* dominierte die folgenden Jahre eine generelle Strategie zur Überwindung des internen bewaffneten Konflikts, die auf die Bekämpfung der Drogenmafia gerichtet war (Cepeda Másmela/Tickner 2017: 229). Im Jahr 2003 begann unter Uribe während des anhaltenden Krieges ein höchst umstrittener Friedens- und Übergangsjustizprozess, der dazu führte, dass sich zwischen 2003 und 2016 insgesamt 58.765 Kombattanten unterschiedlicher Guerillas und paramilitärischer Gruppen der AUC demobilisierten (Acosta Navas/Reyes 2018: 119). Wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Sektoren gehen von einer strukturellen Fortsetzung paramilitärischer Gewalt durch „neoparamilitärische Gruppen“ (Wienand/Tremaria 2017) aus. Die Regierung jedoch leugnet diese Fortsetzung und beschreibt diese Gewalt als Phänomen organisierter Kriminalität durch „kriminelle Banden“ (*Bandas Criminales*, BACRIM) oder „organisierte bewaffnete Gruppen“ (*Grupos Armados Organizados*, GAO) (vgl. Acosta-Naval/Reyes 2018: 119). Während der Amtszeit Uribes kam es auch zu extralegalen Exekutionen, die *Falsos Positivos* (Falsche Positive) genannt wurden, weil das Militär hingerichtete Zivilisten als Kämpfer der FARC-EP verkleidete.

9 In den 1960er Jahren entstanden die ersten Vorläufer paramilitärischer Strukturen mit den Dekret 2298 (1965) und dem Gesetz 48 (1968), die sich gegen den sogenannten „inneren Feind“ (*enemigo interno*) richteten und von der US-amerikanischen *National Security Doctrine* legitimiert wurden. Das Dekret führte dazu, dass die Zivilbevölkerung (als Paramilitär) vom Militär trainiert wurden, um gegen den „kommunistischen Aufstand“ im Land zu kämpfen (Prem et al. 2018: 5). Unabhängig davon formierte sich weitere Zivilisten als paramilitärischer Gruppen zum Schutz von Grundbesitzern (LeGrande 2003: 181,182) bzw. zur „Selbst-Verteidigung“ gegen die Guerilla (vgl. Helfrich/Kurtenbach 2006: 17; Prem et al. 2018: 5).

2.1 DAS FRIEDENSABKOMMEN VON HAVANNA

Der Frieden von Havanna im Jahr 2016 markiert das offizielle Ende des bewaffneten Konflikts zwischen der Ex-Guerilla FARC-EP und dem kolumbianischen Staat. Die sechs Unterpunkte des Abkommens (Agrarreform, politische Partizipation, Beendigung des Konflikts, Lösung des Problems der illegalen Drogen, Opferentschädigung und Umsetzung des Abkommens) wurden seit Ende 2012 in Kuba zwischen Vertretern der Regierung und der Ex-FARC-Guerilla ausgehandelt. Die Prozesse wurden durch Venezuela und Chile begleitet und von den beiden internationalen Garanten Norwegen und Kuba unterstützt. Das Abkommen wurde in der Volksabstimmung am 2. Oktober 2016 mit einer sehr knappen Mehrheit abgelehnt. Unter Einbeziehung von Forderungen der kritischen Opposition, vertreten durch Repräsentanten des ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe Vélez und der Kirche, wurde es überarbeitet und am 24. November 2016 ohne erneute Volksabstimmung vom Kongress angenommen.

Mit dem erfolgreichen Entwaffnungsprozess der FARC-EP zwischen 2016 und 2017 begann der Prozess der sozialen und wirtschaftlichen Reintegration durch Wiedereingliederungsprogramme der Ex-Guerilleros, der sich nur langsam fortsetzt (Kroc Institute 2018). Die erfolgreiche Entwaffnung und soziale und wirtschaftliche Reintegration führten auch dazu, dass seit den Präsidentschaftswahlen im Juli 2018, wie im Friedensabkommen vereinbart, auch einige der ehemaligen Guerilleros als Vertreter der neu gegründeten politischen Partei *Fuerzas Alternativas Revolucionaria del Común* (FARC) im Parlament sitzen. Die Realisation der Drogenpräventions- und Substitutionsprogramme begann, und unterschiedliche Institutionen wie die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (*Jurisdicción Especial Para la Paz*, JEP), Sucheinheit für Vermisste Personen (*Unidad de Búsqueda de Personas dadas por Desaparecidas*, UBPD) und die Wahrheitskommission (*Comisión de la Verdad*, CEV) wurden für die Umsetzung der Hauptstrategien der Opferentschädigung gegründet und begannen ihre Arbeit aufzunehmen (Kroc Institute 2018). Trotz vielfältiger Bemühungen wurden bisher weder konkrete Opfer-Entscheidungen von Regierungsseiten oder der FARC geleistet, noch haben die Sicherheitsmechanismen zum Schutz von sozialen Aktivisten und Aktivistinnen ausreichend Wirkung gezeigt (Kroc Institute 2018; 2019a). Wesentliche Garantien zum Schutz der Ex-Kombattanten wurden zudem nicht ausreichend umgesetzt (Kroc Institute 2018), so dass seit dem 24. November 2016 dutzende Ex-FARC-Guerilleros und Familienmitglieder von Ex-Kombattanten ermordet wurden und einige Ex-Guerilleros während des Reintegrationsprozesses verschwanden (Heinrich-Böll-Stiftung 2018: 15).

2.2 AKTIVE ILLEGAL BEWAFFNETE GRUPPEN IN KOLUMBIEN

Im Zuge der FARC-Demobilisierung und der Neuaushandlung zurückgelassener Ressourcenzugänge entstanden vielfältige neue Konfliktdynamiken zwischen den „neuen“ und „alten“ illegal bewaffneten Gewaltakteuren. Im Folgenden werden neben der FARC-Dissidenz lediglich die von der Regierung als GAO anerkannten Gruppen dargestellt, deren geographische Verteilung auf der folgenden Übersichtskarte veranschaulicht ist. Zum einen entstanden zahlreiche Dissidentengruppen aus Desertieren und FARC-Einheiten, die sich zuvor gegen eine Demobilisierung entschieden hatten. Insgesamt neun FARC-Fronten haben sich nicht demobilisiert, wodurch zwischen 1.200 (PSD 2018b) und 1.600

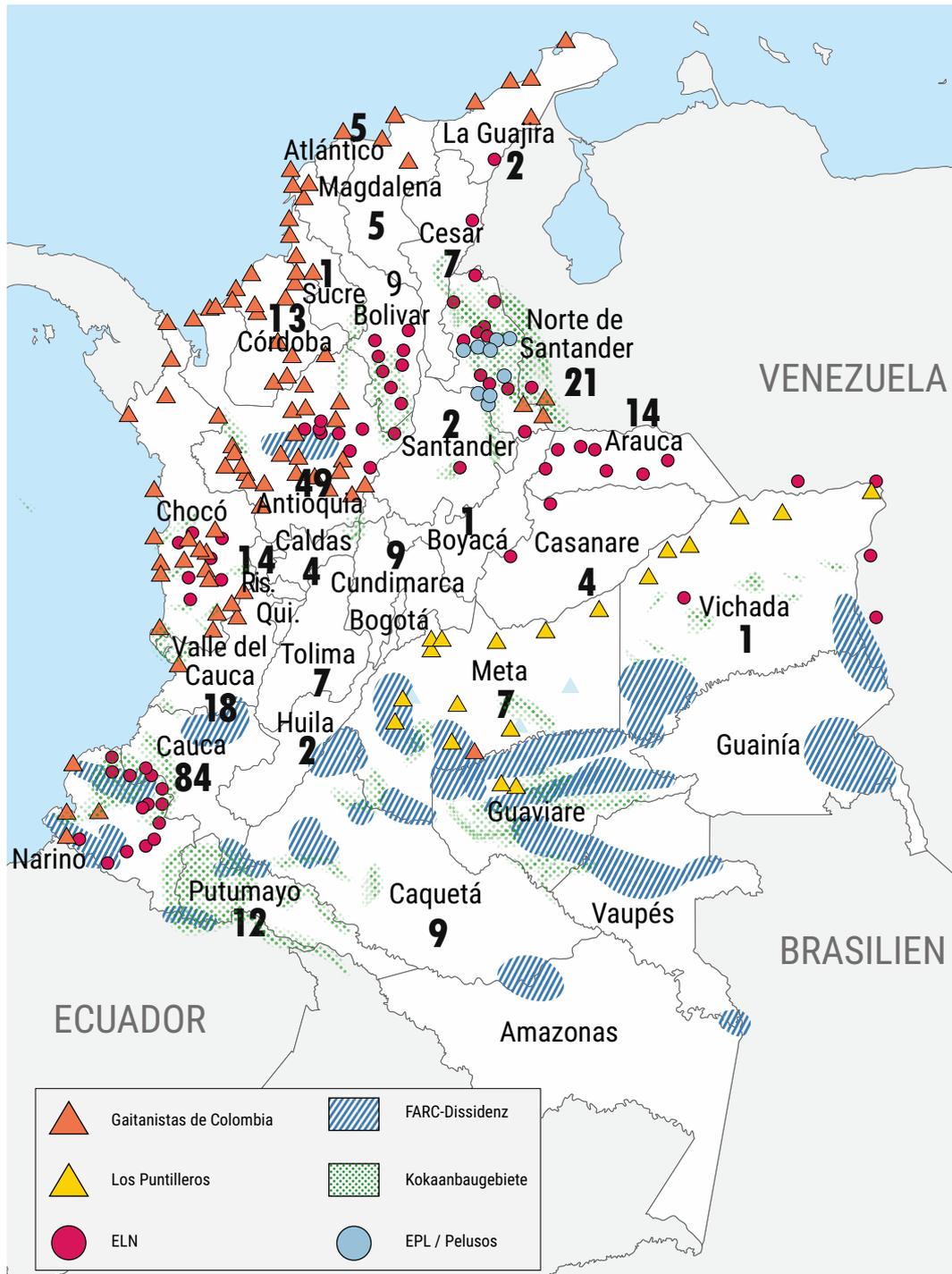
Ex-FARC-Guerilleros (El Nuevo Siglo 2018) als FARC-Dissidenz in Cauca, Caqueta, Vaupés, Guanía, Tolima, Antioquia, Valle und Meta aktiv sind und z.B. in Guaviare und Nariño im Kokain- bzw. Drogen-Handel operieren. Dabei agieren sie heute gewalttätiger als die ehemalige FARC, was sich besonders in den selektiven Morden an der Zivilbevölkerung und in Anschlägen auf Soldaten und Polizei äußert (ICG 2017).

Mit der Demobilisierung der FARC-EP Anfang 2017 trat die 1.800 Mitglieder starke, föderalistisch organisierte ELN in Bezirken wie Chocó, Norte del Cauca, und an der Pazifikküste in Nariño, Buenaventura und Süd-Córdoba zutage, Gegenden, in denen diese bisher nur geringfügig agierte (ICG 2017). Als Folge stieg auch die Kämpferpopulation auf schätzungsweise auf bis zu 6.700 (PSD 2018b) Kombattanten. In den Regionen Chocó, Cauca, Catatumbo und besonders Nariño beteiligt sich die ELN aktiver als zuvor im Drogenhandel und kämpft seit den abgebrochenen Friedensgesprächen in Quito weiter gegen eine Oligarchie, die sich auf Kosten der Landbevölkerung bereichert und von ausländischen und multinationalen Konzernen unterstützt wird (ICG 2017).

Auch die (*Autodefensas*) *Gaitanistas*, die sich 2006 im antioquenischen Urabá gründeten und in „Blöcken“ und „Fronten“ organisiert sind, sind nach eigenen Angaben mit 8.000 Mitgliedern in die Atlantik- und Pazifikregion vorgestoßen: Sie operieren u.a. in Urabá, Süd-Córdoba, Bajo Cauca Antioqueño, Chocó und Süd-Bolívar und erhalten sich durch Kleinkriminalität, Drogenhandel, illegalen Goldabbau, Erpressung und Morde an Polizisten und sozialen Aktivisten und Aktivistinnen (ICG 2017). Sie sind auch als „*Clan de Golfo*“ bekannt und agieren als solcher hauptsächlich in *Úraba antioqueño* im illegalen Bergbau und Drogengeschäft und finanzieren sich durch Schutzgelderpressungen sowie Entführungen (PDS 2018b).

Seit 2016 rückte die *Libardo Mora Toro* Front der EPL (*Ejército Popular de Liberación*), die mit 200 Kämpfern in Catacumbo an der venezolanischen Grenze agiert, ebenfalls in ehemals von der FARC kontrollierte Gebiete im Bezirk Norte de Santander vor (ICG 2017). In Norte de Santander und Cesar ist die Dissidenz der EPL auch als *Pelusos* bekannt (PSD 2018b). Über Pamphlete drohen sie Zivilisten Gewalt an und sichern sich durch Attacken gegen Staatskräfte ihre Vorherrschaft in den betroffenen Regionen (ICG 2017). Die EPL unterstützt Bauern im Drogenhandel und bekämpft in Catacumbo als einzige bewaffnete Kraft die paramilitärischen Gruppen.

Die 450 Kämpfer starke Gruppe *Los Puntilleros*, die aus rivalisierenden paramilitärischen Gruppen („*Bloque Meta*“, „*Liberadores de Viachada*“ und der ehemaliger AUC-Dissidenten Faktion ERPAC) besteht (Colombia Reports Profiles 2018), begann, sich an den territorialen Neuformierungen zu beteiligen. Sie kontrollieren nahezu alle Drogen-Handelsrouten zwischen Zentralkolumbien, Venezuela und Brasilien (Colombia Reports Profiles 2018).



Karte 1: Eigene Zusammenstellung auf der Basis der Datenerhebung der Fundación Paz y Reconciliación (Pares) (2018d: 41) (Grafik: HSFK, Vorlage: d-maps.com, <https://bit.ly/2TM9wZa>).

3. DER ANSTIEG DER GEWALT GEGEN SOZIALE AKTIVISTEN UND AKTIVISTINNEN WÄHREND DES FRIEDENSPROZESSES

Nach offiziellen Angaben des kolumbianischen Ombudsmann-Büros wurden in den drei Jahren und zwei Monaten, zwischen Januar 2016 und Februar 2019, insgesamt 462 Aktivisten und Aktivistinnen, die sich der Verteidigung von Gemeinschafts-, Minderheiten-, Landrückgabe-, Umwelt- und Menschenrechten widmeten, ermordet (Defensoría del Pueblo 2019a). Die Zahlenangaben anderer staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen (NGOs) weichen aber meist von den Zahlen des Ombudsmann-Büros ab, wie folgende Tabelle beispielhaft für die Jahre 2016 bis 2018 zeigt: Die Angaben des *United Nations High Commissioner of Human Rights in Colombia* (UNHCHR) und der kolumbianischen Generalstaatsanwaltschaft (*Fiscalía de la Nación*) stimmen mit 231 Morden für den Zeitraum zwischen Januar 2016 und September 2018 überein. Das Ombudsmann-Büro (*Defensoría del Pueblo*) gibt für den gesamten Zeitraum von 2016 bis 2018 insgesamt 423 Morde an. Die Zahlen unterschiedlicher NGOs liegen für diesen Zeitraum entweder mit um die 340 Morde deutlich unter den Angaben des Ombudsmann-Büros oder mit 430 etwas darüber. Grundsätzlich lassen sich die Abweichungen durch methodologische Unterschiede wie z.B. unterschiedliche Definitionen der Opfergruppen und durch unterschiedliche Erhebungszeiträume erklären (UNAL et al. 2018: 167).

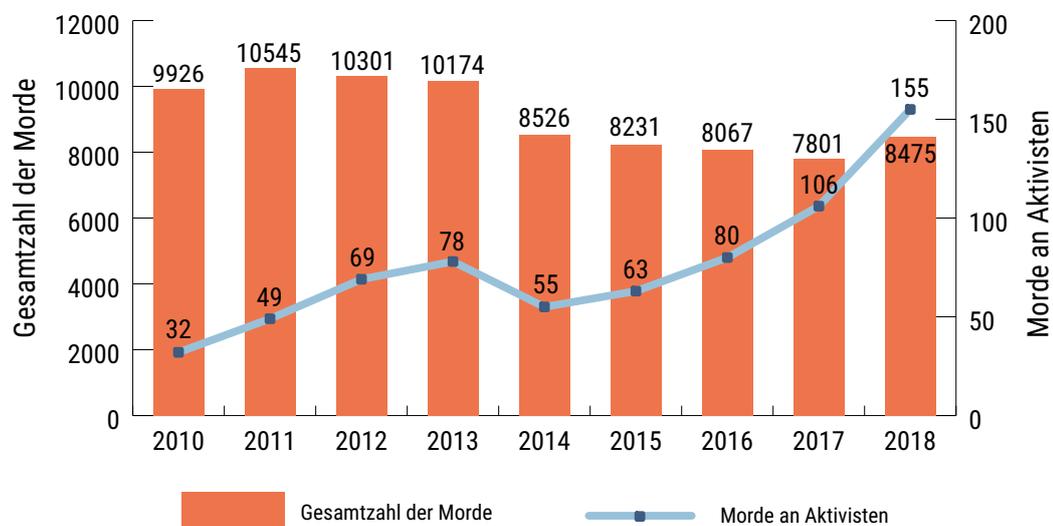
	2016	2017	2018	Gesamt
United Nations High Commissioner for Human Rights in Colombia (UNHCHR)	57	121	53 (bis September)	231
Fiscalía de la Nación (Generalstaatsanwaltschaft)	63	115	53 (bis September)	231
Programa Somos Defensores	80	106	155	341
UNAL/CCJ/Verdadabierta et al.	99	144	100 (bis Ende Juli)	343
Defensoría del Pueblo (Ombudsmann-Büro)	133	126	164	423
Heinrich-Böll-Stiftung et al.	116	191	123 (bis Ende Juli)	430

Tabelle 1: Eigene Zusammenstellung auf Basis folgender Quellen und Berichte: *Defensoría del Pueblo* 2018, 2019b; UNHCHR 2018; HRW 2018; PSD 2016–2019; Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018; UNAL et al. 2018; *El País* 2019.

Trotz dieser Abweichungen ist der allgemeine Gewalteinstieg im Zusammenhang mit dem Friedensabkommen Ende 2016 und seiner beginnenden Umsetzung unumstritten. Im Folgenden wird die Dynamik und der Trend der ansteigenden (oder angestiegenen) Morde an Aktivisten und Aktivistinnen genauer im zeitlichen Verlauf, sowohl während als auch nach den Friedensverhandlungen, dargestellt (3.1). Dem folgt eine Veranschaulichung der geographischen Verteilung der Morde in den Verwaltungsbezirken Kolumbiens (3.2) sowie die Darstellung der Opfer- und Tätergruppen (3.3 und 3.4). In einem kurzen Zwischenfazit werden die Ergebnisse zusammengefasst (3.5).

3.1 DIE ENTWICKLUNG DER GEWALT ÜBER ZEIT

Während der letzten zehn Jahre (2007–2016) haben sich nach Berechnungen des *Instituto Nacional de Medicina Legal*, der *Fundación Ideas para la Paz* (FiP) und der kolumbianischen Polizei die Mordzahlen in Kolumbien reduziert. Umso erstaunlicher ist daher der gegenläufige Trend der Morde an Aktivisten und Aktivistinnen, wie Grafik 1 veranschaulicht. Die Kurve steigt mit Beginn der inoffiziellen und offiziellen Friedensverhandlungen zwischen 2010–2013 und fällt vor dem dauerhaften Waffenstillstand 2014. Danach stieg die selektive Gewalt während des Abschlusses des Friedensabkommens 2016, seiner begonnenen Implementierung Anfang 2017 und der Demobilisierung der FARC-EP deutlich bis 2018 an. Der Zeitraum der Niedriggewaltjahre der selektiven Gewalt an Aktivisten und Aktivistinnen zwischen 2013–2015 entspricht in etwa einer Rückkehr der Mordzahlen auf das Niveau zwischen den Jahren 2011 und 2012. Ersichtlich ist, dass nach diesen Zeiträumen erneut ein Anstieg der Morde an dieser Gruppe erkennbar ist. Während das Absinken der Morde zwischen 2013–2015 mit der Verhandlung des Friedensabkommens und dem Waffenstillstand in Verbindung gebracht werden kann, wird der Anstieg der Morde danach von einer Studie der *Universidad del Rosario* mit dem Ende 2014 geschlossenen permanenten Waffenstillstand erklärt. Dieser habe mit dem zeitgleich begonnenen Rückzug der FARC-EP in entlegene Gebiete dazu geführt, dass durch den Wegfall der FARC-EP als Parallelinstanz sozialer und lokaler Ordnung soziale Aktivisten und Aktivistinnen in den zurückgelassenen Gebieten in die Gefechte anderer bewaffneter Akteure gerieten (Prem et al. 2018).



Grafik 1: Eigene Zusammenstellung auf der Basis der Datenerhebung von Programa Somos Defensores für die Jahre 2013–2017 (PSD 2014; 2015; 2016a; 2017; 2018a, 2018b, 2018c, 2019) und FiP (2018).

Dieser Anstieg wird sowohl anhand der Datenerhebung von PSD seit 2014 deutlich und auch vom kolumbianischen Ombudsmann-Büro seit 2015 hervorgehoben (vgl. Defensoría del Pueblo 2017: 28; PSD 2016a, b). Vergleicht man die jährlichen Mordzahlen anhand der Erhebung von PSD zeigt sich

ein kontinuierlicher Anstieg seit 2014. Während die Zahlen bis inkl. 2016 deutlich unter 100 Morden liegen, liegen sie in den Jahren 2017 und 2018 über 100 (siehe Tabelle 2).

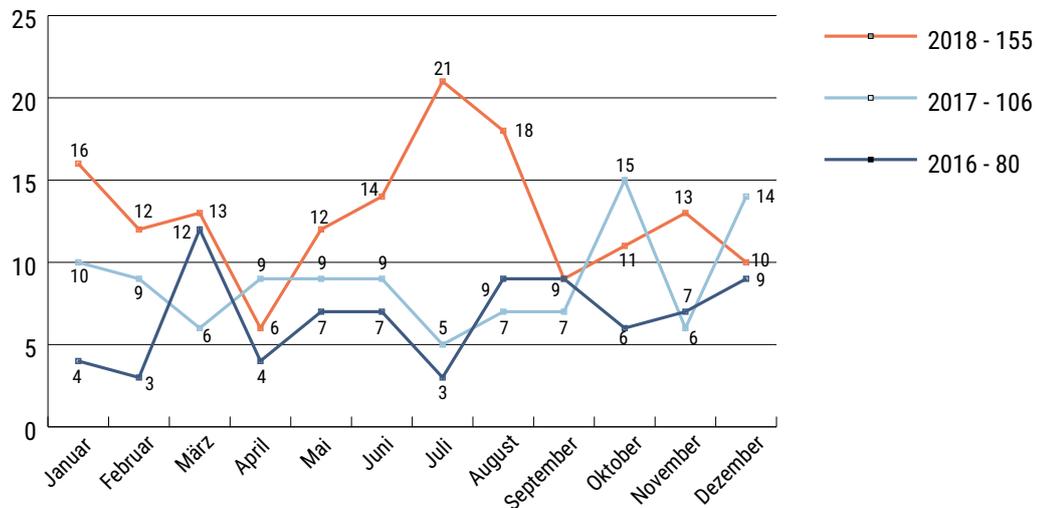
	Anzahl der Morde an Aktivistinnen und Aktivisten	Morde pro Monat
2010	32	2,66
2011	49	4,08
2012	69	5,75
2013	78	6,5
2014	55	4,6
2015	63	5,25
2016	80	6,67
2017	106	8,83
2018	155	12,92

Tabelle 2: Eigene Zusammenstellung auf der Basis der Datenerhebung von Programa Somos Defensores für die Jahre 2013–2017 (PSD 2014; 2015; 2016a; 2017; 2018a, 2018b, 2018c, 2019).

Tabelle 2 verdeutlicht zudem den durchschnittlichen Anstieg der Morde pro Monat von 6,5 (2013) bzw. 4,6 (2014) auf 8,83 (2017) und 12,92 (2018). Der Tabelle ist ebenfalls zu entnehmen, dass 2014 die Mordrate sank. Über die finale Phase der Friedenshandlungen (2014–2016) und mit der beginnenden Umsetzung des Friedensabkommens (ab Ende 2016) stiegen die gezielten Morde erneut deutlich und kontinuierlich an. Grafik 2 zeigt, dass der Anstieg der Morde im letzten Quartal des Jahres 2016 einsetzt, im letzten Quartal des Jahres 2017 neuen Schwung erhält und bis Januar 2018 steigt.

Diese Entwicklung wird auch von NGOs und Stiftungen (vgl. CINEP 2017; Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018; Hurtado et al. 2019) sowie durch journalistische Berichte bestätigt (vgl. El Espectador 2017). Nach den Präsidentschaftswahlen Anfang Juli 2018 stiegen innerhalb weniger Wochen die Mordzahlen erneut.¹⁰ Die zweite Hälfte des Jahres 2018 weist auf eine Verstärkung des Trends hin, sodass die Mordzahlen in den Monaten Oktober und Dezember höher sind als in denselben Monaten des Vorjahres.

¹⁰ Genau genommen fallen einige der Mordopfer, die die Kampagne *Colombia Humana* des linkspolitischen Kandidaten Gustavo Petro unterstützten, in die Kategorie Wahlgewalt. Dennoch zählen die Analyse von Capaz sowie die Studie von CODHES/USAID diese Morde nicht separat, sondern stellen den direkten Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Morde und der Präsidentschaftswahl im Sommer 2018 her (vgl. Hurtado et al. 2019: 4; Guevara 2019: 5).



Grafik 2: Eigene Zusammenstellung auf der Basis der Datenerhebung von Programa Somos Defensores für die Jahre 2013–2017 (PSD 2016; 2017; 2018, 2019).

Neben dem Anstieg der Morde ist zudem der allgemeine Gewaltanstieg gegen Aktivistinnen und Aktivistinnen zu erwähnen, der sich z.B. in gestiegenen Anzeigen von Übergriffen bei Behörden, telefonischen Gewaltandrohungen, Morddrohungen über Flugblätter, Informationsdiebstahl, bis hin zu sexuellen Übergriffen, Zwangsmigrationen und dem Verschwindenlassen von Personen abzeichnet (Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018: 20). Zudem berichten Organisationen wie die *Organización Nacional Indígena de Colombia* (ONIC) ebenfalls von einem Anstieg der Gewalt, der mit zunehmender Kriminalisierung von indigenen Organisationen einhergeht (ONIC 2018). Nach den Erhebungen des PSD stieg die Zahl der Aggressionen insgesamt von 174 (2010) auf 628 (2015) kontinuierlich an. Diese Zahl fiel im Jahr 2016 zunächst auf 481 Fälle und stieg im Jahr 2017 erneut auf 560 Fälle an (PSD 2014; 2015; 2016a; 2017; 2018a, 2018b, 2018c). Im Jahr 2018 wurden insgesamt 805 Fälle registriert, was den höchsten Stand seit der Erfassung der Gewalttaten durch PSD darstellt (PSD 2019: 85).

3.2 GEOGRAPHISCHE DIMENSION DER GEWALT

Zwischen dem 24. November 2016 und dem 14. Mai 2018 wurden in 28 der 33 Verwaltungsbezirke¹¹ in Kolumbien Morde an sozialen Aktivistinnen und Aktivistinnen verzeichnet (Heinrich-Böll-Stiftung 2018: 15). 62% der Morde ereigneten sich in ländlichen Gegenden, während 24% der Morde in Städten, die sich in der Nähe der ehemaligen Konfliktzonen befinden, und 14% in Bezirkshauptstädten verübt wurden (vgl. UNHCHR 2018; El Tiempo 2017a). In den Territorien indigener, afrokolumbianischer oder bäuerlicher Gemeinschaften befinden sich zudem Ressourcen wie Gold und illegale Anbauflächen von z.B. Koka, weshalb es zu Landkonflikten kommt (vgl. Pérez Corredor 2018: 95). Laut den Angaben der Staatsanwaltschaft, des Ombudsmann-Büros und der Online-Plattform *Verdadabierta* treten

¹¹ Die Verwaltungsbezirke werden auch als Provinzen oder Bezirke bezeichnet.

die Morde nach absoluten Zahlen disproportional gehäuft in Gebieten mit einer hohen Dichte von Kokaanbau, in traditionellen Hoheitsgebieten der FARC-EP bzw. in Übergangszonen¹², in denen sich die ehemaligen Guerillakämpfer und -kämpferinnen demobilisierten, auf (Defensoría del Pueblo 2018). Karte 2 veranschaulicht das Auftreten der Morde in den jeweiligen Verwaltungsbezirken Kolumbiens zwischen 2016 bis 2018.

Ersichtlich wird, dass im Norden an Kolumbiens Karibikküste (Córdoba, Teile Antioquias, Sucre, Bolívar, Magdalena, La Guajira) außer in Córdoba (13) und Antioquia (49) wenig Morde registriert wurden. Während die Präsenz paramilitärischer Gruppen in Córdoba groß ist, ist die Präsenz der FARC-Dissidenz und ELN in Teilen Antioquias stärker. Zudem gibt es hier auch größere Kokaanbauflächen (UNAL et al. 2018: 31). An Kolumbiens Pazifikküste hingegen traten mehr Morde auf: Chocó (17), Valle de Cauca (18), Cauca (84). In Chocó ist die Präsenz der Paramilitärs und der ELN stark ausgeprägt und in Teilen von Chocó, Valle de Cauca und Cauca existieren größere Kokaanbauflächen (UNAL et al. 2018: 31).

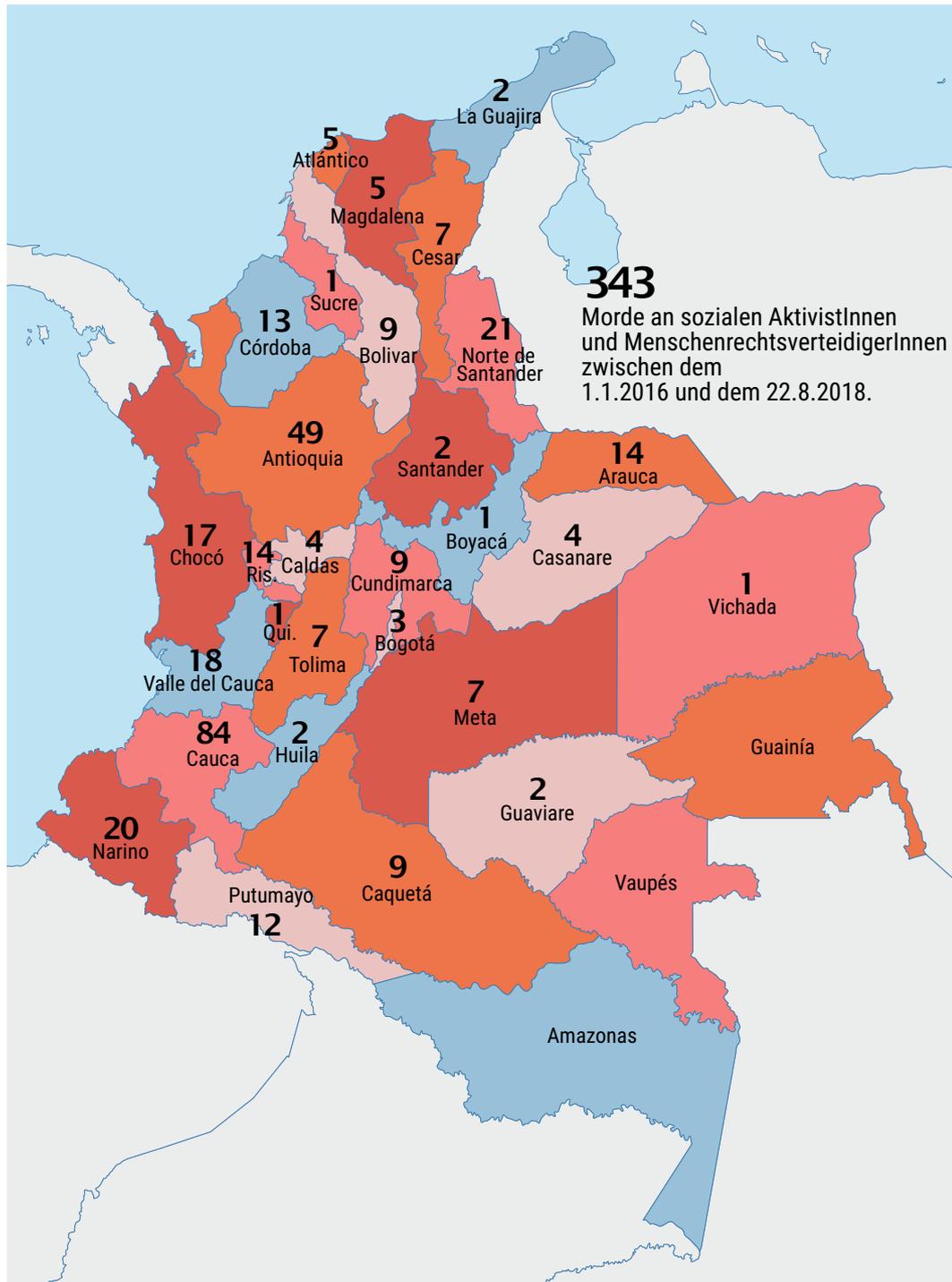
Ähnlich hohe Mordzahlen gab es in Grenznähe zu Ecuador in den Verwaltungsbezirken Nariño (20) und Putumayo (12), die als Hochburg des Kokaanbaus gelten und in denen auch die FARC-Dissidenz aktiv ist (UNAL et al. 2018: 31). In Nariño ist zudem die ELN aktiv und es gibt vereinzelt paramilitärische Gruppen. In der Grenzregion zu Venezuela traten vor allem Morde in den Provinzen Norte de Santander (21) auf, in denen die ELN neben der EPL und einigen paramilitärischen Gruppen besonders aktiv ist. Zudem wird dort viel Koka angebaut. In Arauca (14), einem ehemaligen FARC-EP Präsenzgebiet, ist die ELN aktiv.“

In den Grenzregionen zwischen Meta (7), Guaviare (2) und Caquetá (9) gibt es auch einige Kokaanbauflächen. In großen Teilen ist dort die FARC-Dissidenz aktiv und vereinzelt auch paramilitärische Gruppen. An der Grenze zu Peru bzw. Brasilien, in den Verwaltungsbezirken Amazonas, Vaupés und Guainía, traten in dem genannten Zeitraum keine Aktivistenmorde auf. Ersichtlich wird zudem, dass innerhalb der 28 betroffenen Provinzen nach den absoluten Zahlen die meisten Morde in zwei voneinander getrennten geographischen Schwerpunkten, in Cauca (84) und Antioquia (49), stattfanden.

Zudem lässt sich festhalten, dass in den nach absoluten Zahlen besonders betroffenen Regionen damit begonnen wurde, die im Friedensvertrag beschlossenen lokalen Entwicklungsprogramme¹³ zu implementieren. Demnach traten die Morde innerhalb einiger Teile der Bezirke Cesar, Norte de Santander, Arauca, im Süden Córdobas, im Norden Antioquias, im Norden Chocós, Valle de Cauca, an der Küste in Nariño, in Tolima, Putumayo, Caqueta, Meta und Guaviare auf, in denen auch die territorialen Entwicklungsprogramme implementiert wurden (PSD 2018a: 84).

12 In den Übergangs- und Normalisierungszonen (*zonas veredales transitoria de normalización*) sammelten und demobilisierten sich die Kombattanten der FARC-EP, um anschließend den Weg der Reintegration in das zivile Leben zu beginnen.

13 Dies sind spezifische lokale Entwicklungsprogramme, die als Teil der Landreform im Friedensabkommen beschlossen wurden und in den besonders vom Konflikt betroffenen Regionen umgesetzt werden.



Karte 2: Eigene Zusammenstellung auf der Basis der Datenerhebung der Defensoría del Pueblo 2018 (Grafik: HSFK, Vorlage: d-maps.com, <https://bit.ly/2TM9wZa>).

Trotz dieser Muster ist die geographische Verteilung der gehäuften Morde anhand der absoluten Zahlen mit Kurzsicht zu genießen, da sich die Verteilung anhand der Berechnung relativer Pro-Kopf-Mordzahlen, wie Tabelle 3 zeigt, deutlich verändert. Betrachtet man die geographische Häufung der Morde (pro 100.000 Einwohner) innerhalb der einzelnen Verwaltungsbezirke, stehen Cauca und Arauca (2016), Guaviare und Putumayo (2017) und Putumayo, Caquetá und Cauca (2018 bis September) an erster Stelle der Bezirke mit den meisten Morden.

Verwaltungsbezirk	Einwohner	2016		2017		2018		Gesamtzeitraum	
		Absolute Mordzahlen	Relative Mordzahlen						
Putumayo	363.597	2	0,550	6	1,650	13	3,575	21	1,925
Cauca	1.426.938	22	1,542	18	1,261	28	1,962	68	1,588
Caquetá	502.410	1	0,199	4	0,796	10	1,990	15	0,995
Arauca	273.321	2	0,732	1	0,366	4	1,463	7	0,854
Chocó	520.296	1	0,192	7	1,345	5	0,961	13	0,833
Norte de Santander	1.402.695	6	0,428	6	0,428	15	1,069	27	0,642
Guaviare	117.494	0	0,000	2	1,702	0	0,000	2	0,567
Viachada	79.134	0	0,000	0	0,000	1	1,264	1	0,421
Meta	1.035.256	0	0,000	3	0,290	8	0,773	11	0,354
Casanare	381.554	2	0,524	1	0,262	1	0,262	4	0,349
Nariño	1.830.473	5	0,273	6	0,328	8	0,437	19	0,346
Risaralda	972.978	2	0,206	5	0,514	3	0,308	10	0,343
César	1.077.770	2	0,186	5	0,464	2	0,186	9	0,278
Córdoba	1.813.854	4	0,221	6	0,331	4	0,221	14	0,257
Antioquia	6.768.388	10	0,148	14	0,207	26	0,384	50	0,246
Huila	1.211.163	3	0,248	1	0,083	2	0,165	6	0,165
Valle de Cauca	4.804.489	5	0,104	8	0,167	10	0,208	23	0,160
Caldas	995.822	0	0,000	2	0,201	2	0,201	4	0,134
La Guajira	1.067.063	2	0,187	2	0,187	0	0,000	4	0,125
Tolima	1.423.715	1	0,070	2	0,140	2	0,140	5	0,117
Magdalena	1.312.428	2	0,152	1	0,076	1	0,076	4	0,102
Atlántico	2.573.591	2	0,078	2	0,078	1	0,039	5	0,065
Santander	2.100.704	1	0,048	0	0,000	3	0,143	4	0,063
Bolívar	2.195.495	2	0,091	1	0,046	1	0,046	4	0,061
Quindío	578.268	0	0,000	0	0,000	1	0,173	1	0,058
Sucre	885.835	0	0,000	1	0,113	0	0,000	1	0,038
Cundinamarca	2.845.668	2	0,070	0	0,000	1	0,035	3	0,035
Boyaca	1.284.375	0	0,000	0	0,000	1	0,078	1	0,026
Distrito Capital/Bogotá	8.080.734	1	0,012	2	0,025	2	0,025	5	0,021
Gesamt	49.925.508	80		106		155		341	

Tabelle 3: Eigene Zusammenstellung auf der Basis der Datenerhebung des Programa Somos Defensores für den Zeitraum zwischen Januar 2016 bis Dezember 2018 (PSD 2014; 2015; 2016a; 2017; 2018a, 2018b, 2018c, 2019) sowie Departamento Administrativo Nacional de Estadística (SaberesPractico/SEP 2019) unter Auslassung der Provinzen Amazonas, San Andrés y Providencia, Guainía und Vaupés, in denen es keine Aktivisten-Morde gab.

Aus dem Ranking der Mordzahlen für den Zeitraum 2016–2017 geht Putumayo gefolgt von Cauca als die am stärksten von Aktivistenmorden betroffene Provinz hervor. Die Veränderung der am stärksten

betroffenen Provinzen durch die Berechnung zwischen absoluten und relativen Zahlen beruht auf dem Stadt-Land-Gefälle einiger Provinzen: Die meisten Morde ereigneten sich in ländlichen Gegenden mit wenigen Einwohnern und nicht in den kolumbianischen Millionenstädten. Gerade im Verwaltungsbezirk Antioquia, in dem die zweitgrößte Stadt Kolumbiens, Medellín, liegt, trägt dies zu einer Diskrepanz zwischen den absoluten und den relativen Zahlen bei. Aus diesen Gründen berechnen auch die meisten NGO-Berichte kaum relative Zahlen, sondern geben die Häufung der absoluten Zahlen an (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung et. al. 2018: 16; PSD 2014–2018a).

3.3 OPFERGRUPPEN

Es ist schwierig, die Aktivisten und Aktivistinnen, die häufig „Vielfach-Verteidiger“ (*Multidefensores*) (PSD 2016a: 27) sind, anhand einzelner Aktivismusgruppen klar zu unterscheiden. In vielen Berichten wird deshalb zunächst generalisiert von sozialen oder Menschenrechtsaktivisten und -aktivistinnen gesprochen, deren Morde anschließend anhand verschiedener Untertypen ihres sozialen bzw. politischen Aktivismus kategorisiert werden (vgl. PSD 2018a: 10; Defensoría del Pueblo 2017, 2018: 43). Häufig werden hier Bauern und zivile, in ihrer kommunalen Gemeinde aktive Akteure¹⁴ unterschieden, die in ländlichen Zonen unter prekären ökonomischen Konditionen leben und sich für Land(rückgabe)-, Umwelt- und Minderheitenrechte indigener und afrokolumbianischer Gemeinschaften einsetzen, sich gegen illegale Ökonomien aussprechen und bei der Umsetzung des Friedensabkommens mitwirken (vgl. PSD 2017: 10; Fundación Paz y Reconciliación/Pares 2018c).

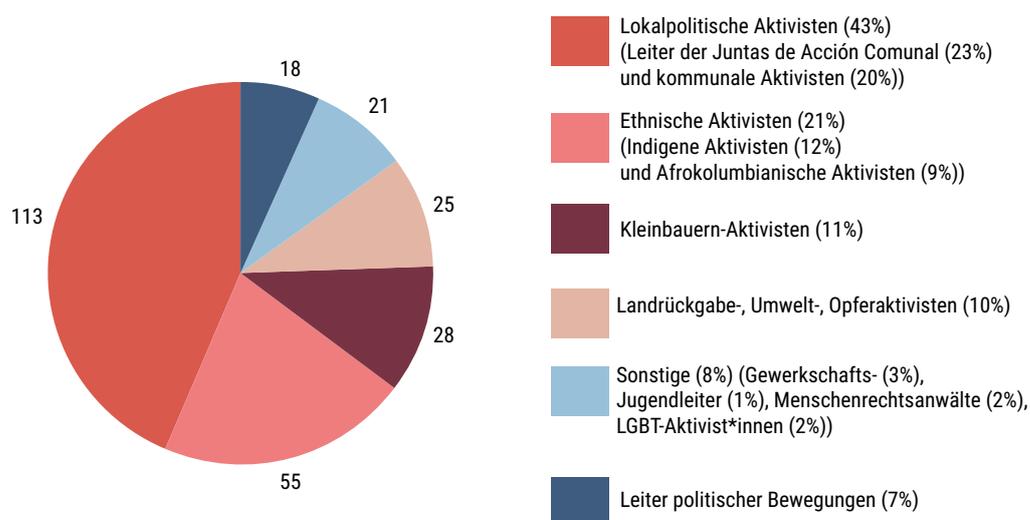
Die Morde an indigenen und afrokolumbianischen Aktivisten und Aktivistinnen häuften sich besonders im Jahr 2018. Zusammengenommen stellen die beiden Aktivistengruppen die zweitgrößte der von Morden betroffenen Aktivistengruppen dar. Grafik 3 zeigt die Ergebnisse der Studie der *Universidad Nacional de Colombia* (UNAL et al. 2018: 22), die die Mordfälle in unterschiedliche Aktivistentypen unterteilt. Mit 21% stellen ethnische Gruppen (afrokolumbianische Aktivisten (9%) und indigene Aktivisten (12%)) nach den lokal-politischen Aktivisten (43%) (Leitern der lokalen Gemeindeverbänden den *Juntas de Acción Comunal* (23%) und kommunalen Aktivisten (20%)) die größte Opfergruppe dar. Die vom *Centro Nacional de Consultoría* (CNC) und von der *Consultoría para los derechos humanos y el desplazamiento* (CODHES) (2018) erstellte Studie verdeutlicht für den Zeitraum zwischen Januar 2016 und Juni 2018 ebenfalls die ethnische Komponente der Gewalt: In 30% der Fälle ereigneten sich die Morde an kommunal aktiven Aktivisten und Aktivistinnen, und in 23% der Fälle waren Aktivisten und Aktivistinnen aus ethnischen Minderheiten betroffen.

Die Analysen des ONIC (2018) und der CNC und Codhes (2018) legen dar, dass die Häufung der Morde an Aktivisten und Aktivistinnen mit ethnischer Abstammung ernst zu nehmen ist. Nach Angaben von ONIC wurden zwischen November 2016 und März 2018 insgesamt 48 indigene Aktivisten

14 Der Begriff kommunale Aktivisten und Aktivistinnen bezieht sich auf Führungskräfte in sogenannten *juntas de acción comunal* bzw. lokalen Gemeinderäten, die die primäre Organisationsstruktur vor Ort darstellen (Prem et al. 2018: 7). Die kommunalen Aktivisten sind oft direkte Gesprächspartner in den einzelnen Regionen, sie unterstützen und überwachen z.B. die Umsetzung von zentralen Politikbeschlüssen, wie die Drogen-Substitutionsprogramme und fungieren als zentrale Mediatoren zwischen der Regierung und den Bauern (vgl. Prem et al. 2018: 7).

und Aktivistinnen ermordet (ONIC 2018). Diese Morde wurden einerseits durch staatliche Kräfte in den Bezirken Cauca, Chocó, Nariño verübt (ONIC 2018). Andererseits ereigneten sich die Morde im Zusammenhang mit dem wachsenden Drogenhandel und dessen Ausweitung in den Bezirken Norte de Santander, Antioquia, Chocó, Nariño, Cauca, Orinoco, Chaqueta, Putumayo, Amazonas und der Orinoco-Region im Zuge der Tätigkeiten illegal bewaffneter Akteure (ONIC 2018).¹⁵

Aktivismustypen der 257 Opfer (24.11.2016 - 31.07.2018)



Grafik 3: Eigene Zusammenstellung auf der Basis der Datenerhebung der Universidad Nacional de Colombia (UNAL et al. 2018: 22).

Die meisten Studien unterteilen die Opfer der sozialen Aktivisten und Aktivistinnen zudem nach Geschlecht bzw. sexueller Orientierung. Dabei lässt sich erkennen, dass generell mehr Männer als Frauen ermordet wurden. So geben UNAL et al. an, dass zwischen dem 24.11.2016 und 31.07.2018 die Mehrheit der Opfer mit 83,65% (215) Männer, mit 14,78% (38) Frauen und 1,55% (4) LGBT waren (UNAL et al. 2018: 15). Auf den ersten Blick sind Aktivistinnen also seltener von Morden betroffen. In 18,4% (UNAL et al. 2018: 15) der Mordfälle an Aktivistinnen besteht ein Zusammenhang zwischen sexueller Gewalt und extremer körperlicher Gewaltausübung (vgl. Sisma Mujer 2018, Hurtado et al. 2019). Der von der *United State Agency for International Development* (USAID) finanzierte und von der CODHES (2019) veröffentlichte Bericht verdeutlicht, dass die Gender-Komponente der Gewalt sich besser anhand des breiten Gewaltszenarios verstehen lässt, das sich an spezifischen Bedrohungen festmachen lässt (Hurtado et al. 2019: 13f.). Frauen sind demnach sowohl häufiger von willkürlichen

¹⁵ Zudem verweist der Bericht darauf, dass sich ebenfalls im gleichen Zeitraum 4.281 massive Vertreibungen ereigneten und 133 Bedrohungen angezeigt wurden. Diese Gewalt trägt negativ zu dem Risiko der 64 von insgesamt 102 vom Aussterben bedrohten ethnischen Gruppen bei (ONIC 2018).

Verhaftungen (*judicialización arbitraia*) als auch von absichtlichen Verletzungen (*herida intencional*) betroffen (Hurtado et al. 2019: 14).¹⁶

3.4 TÄTERGRUPPEN

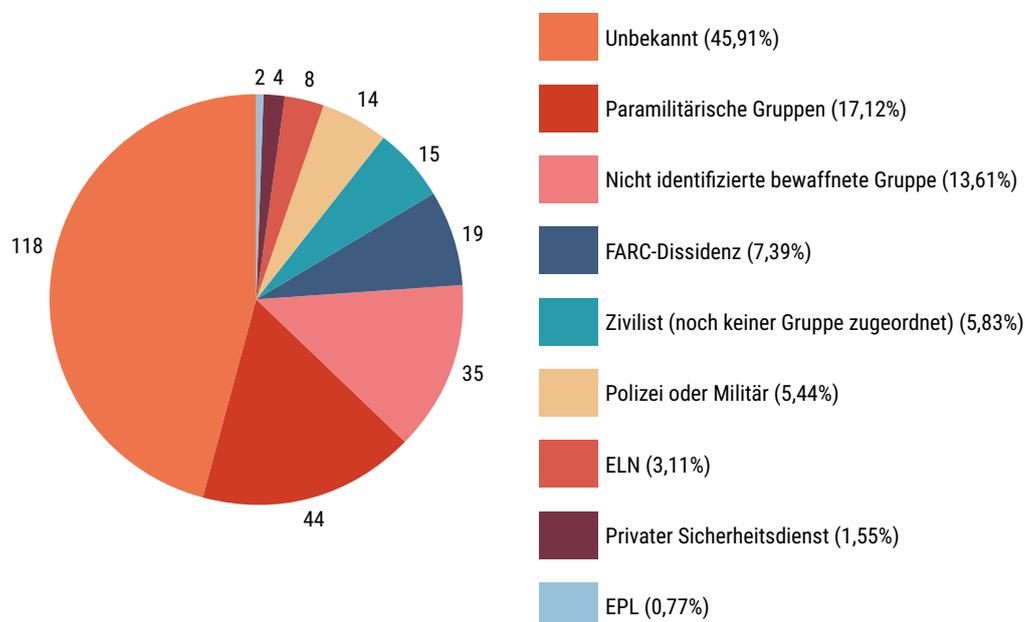
Neben dieser relativen Klarheit über die Betroffenen der selektiven Gewalt herrscht weitgehende Unklarheit über die unterschiedlichen Tätergruppen sowie deren Auftraggeber. Dies schlägt sich in Bezeichnungen wie „nicht identifizierbare Urheber“ (Pares 2018a), „unbekannte Urheber“ oder „Andere“ (PSD 2017) nieder. In den einzelnen Berichten werden neben diesen ungenauen Bezeichnungen meist die folgenden Tätergruppen benannt: Aktive Guerillas, FARC-Deserteure, neo-paramilitärische und narko-paramilitärische Gruppe, illegale oder kriminelle Banden und staatliche bzw. militärische Sicherheitskräfte, die um die strategische Kontrolle von illegalen Ökonomien und Kokaplantagen kämpfen (vgl. Pares 2018a, PSD 2017, CNC et. al. 2018). PSD (2017) spricht z.B. von vier Tätergruppen: Hier werden „paramilitärische Gruppen“ mit 59% als größte Tätergruppe zusammengefasst, denen mit 32% die Gruppe „unbekannte Urheber“ folgt. Nur 9% der Taten verübten „staatliche Sicherheitsinstanzen“, und keine Taten wurden in diesem Jahr „Guerilla-Organisationen“ zugeschrieben. Grafik 4 stellt die von der *Universidad Nacional de Colombia* (UNAL et al. 2018: 31) vermuteten Täter in neun Tätergruppen dar.

Es fällt auf, dass 65% der Täter bzw. Tätergruppen („Unbekannt“, „Nicht identifizierte bewaffnete Gruppen“ und „Zivilist – noch keiner Gruppe zugeordnet“) nicht bzw. nicht eindeutig identifiziert werden können und dafür je nach Tathergang bzw. nach Gewaltmustern unterschiedliche, nicht klar identifizierbare Täterkategorien herangezogen werden. Neben der größten Gruppe „Unbekannt“ (118 der Fälle) sind paramilitärische Gruppen (44 der Fälle) die zweitgrößte Tätergruppe. Diesen folgt ebenfalls eine Tätergruppe von „nicht identifizierbaren bewaffneten Gruppen“ (35 der Fälle). Erst danach kommen die FARC-Dissidenten (19), staatliche Sicherheitskräfte (Polizei oder Militär 14) und die ELN (8).

Die Studie von PSD (2018b) legt zudem offen, dass von 77 Morden, die sich im ersten Halbjahr 2018 ereigneten, 70 von Auftragsmördern begangen wurden, die nahe der Wohn- und Lebensbereiche der Opfer gewartet hatten. Es wird deutlich, dass unter den identifizierbaren Tätern die größte Gruppe die der Paramilitärs ist. Trotzdem legen die unklaren Angaben zu den Tätern („nicht identifizierbare bewaffnete Gruppen“, „nicht bestimmbare bewaffnete Akteure“, „Unbekannte“ und „Andere“) innerhalb verschiedener Studien nahe, dass man noch immer kaum etwas über die Täter und Auftraggeber der Morde weiß oder sagen kann (vgl. PSD 2017, 2018b; UNAL et al. 2018; CNC/CODHES 2018; Pares 2018a).

¹⁶ Die Tatsache, dass Aktivistinnen also „anders“ und „nicht-proportional“ (Hurtado et al. 2019: 14) von der Gewalt betroffen sind, hängt mit der Strategie der Täter zusammen, Frauen eher einzuschüchtern, über Bedrohungen ihrer Familienmitglieder oder mit sexueller Gewalt die Aktivistinnen dazu zu bringen, in der privaten Sphäre statt im öffentlichen Raum aktiv zu sein, sowie von einer Anzeige der Gewalt abzusehen, sodass diese Gewalt nicht in der Statistik auftaucht (Hurtado et al. 2019: 14, 15).

Vermutete Täter der 257 Morde (24.11.2016 - 31.07.2018)



Grafik 4: Eigene Zusammenstellung auf der Basis der Datenerhebung der Universidad Nacional de Colombia (UNAL et al. 2018: 31).¹⁷

3.5 ZWISCHENFAZIT

Die oben dargestellten statistischen Datenbefunde belegen den unumstrittenen Anstieg der Gewalt an und die Ermordungen von sozialen Aktivisten und Aktivistinnen in Kolumbien zwischen 2014 und 2018 parallel zu der seit 2007 sinkenden allgemeinen Mordrate. Es lassen sich folgende generelle Charakteristika der Gewalt zusammenfassen: Zwischen 2016 und 2018 lässt sich erstens eine Häufung der Morde zum Jahreswechsel 2016/2017 – kurz nach der Verabschiedung und Umsetzung des Friedensabkommens mit dem Entwaffnungsprozess der Ex-FARC-EP feststellen. Zweitens häuften sich die Morde zum Jahreswechsel 2017/18 und drittens stiegen die Morde kurz vor der Präsidentschaftswahl im Juni 2018, bei der der dem Friedensvertrag kritisch gegenüber stehende Präsident Duque gewann, an. Anhand der absoluten Mordzahlen kann man zudem erkennen, dass die Morde regional gehäuft in ehemaligen FARC-EP Einflussgebieten und Kokaanbaugebieten auftraten sowie in Gebieten, in denen die Entwicklungsprogramme mit territorialem Fokus umgesetzt wurden.

Während die Morde an sozialen Aktivisten die Spitze des breiten Gewaltphänomens darstellen, sind Morde an Aktivistinnen häufig mit sexueller und extremer Gewaltanwendung verbunden. Lokal-politi-

¹⁷ In dem Diagramm sind insgesamt 259 Fälle angeführt, da sich in zwei Mordfällen die vermuteten Täter (Militär und FARC-Dissidenz) überschneiden.

sche Aktivisten und Aktivistinnen, die einer ethnischen Minderheit angehören, wie z.B. die afrokolumbianischen und indigenen Gruppen, sind in besonderer Weise von den Morden betroffen.

Klar ersichtlich ist, dass fast 65% der Tätergruppen nicht näher bestimmbar sind und man immer noch im Dunkeln tappt, wenn es darum geht, wer die Morde beauftragt hat. Dadurch wird die größte Tätergruppe als „nicht identifizierbar“ gekennzeichnet. Gefolgt wird diese meist von paramilitärischen Gruppen als zweitgrößter Tätergruppe. Danach werden häufig (wenn auch in wechselnder Reihenfolge und je nach Region unterschiedlich) die staatlichen Sicherheitskräfte (Polizei und Militär), Guerillaorganisationen wie ELN und EPL und FARC-Dissidenz angegeben. Diese Unklarheit in Bezug auf die Täter sowie die strukturelle Dimension hinter der selektiven Gewalt wird im Folgenden mit Blick auf die Komplexität des Gewaltphänomens näher beleuchtet.

4. DIE GEWALT GEGEN SOZIALE AKTIVISTEN UND AKTIVISTINNEN: EIN ALTES PROBLEM MIT NEUEN DYNAMIKEN

Im diesem Kapitel werden die Erklärungen systematisch zusammengestellt und kritisch diskutiert, die in vorliegenden Berichten und Stellungnahmen vorgebracht wurden. Einen zentralen Stellenwert innerhalb der Erklärungen des aktuellen Phänomens hat dabei die These eines Machtvakuum, das durch den Rückzug der FARC-EP in einigen Regionen des Landes entstanden ist, und den Anstieg der Gewalt gegen soziale Aktivisten und Aktivistinnen durch meist illegal bewaffnete Gruppen in just diesen Gebieten verursacht (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018; Defensoría del Pueblo 2018; El Tiempo 2017a; Pares 2018a; PSD 2017: 11; UNHCHR 2018: 11). So plausibel diese Argumentation in wichtigen Teilen ist, so zeigt die folgende Analyse, dass sie als alleinige Erklärung zu kurz greift. Neben der politökonomischen Dynamik eines Streits um Zugang zu ökonomischen Ressourcen, zu illegalen Ökonomien und Zugang zu Land in Gebieten, in denen Ende 2016 ein Machtvakuum entstand (4.1), werden zwei weitere Dimensionen herausgearbeitet: Zum einen verweist die Logik der Gewalt auf das politische Versäumnis, die ehemals von der FARC-EP kontrollierten Gebiete mit einer umfassenden staatlichen Präsenz zu versehen und zivilgesellschaftliche Akteure dadurch effektiv zu schützen. Zu diesem „Staatsversagen“ kommen aber weitere Faktoren hinzu wie die mangelnde Strafverfolgung und eine entsprechend hohe Straffreiheit (*impunidad*) sowie die staatliche Tendenz zur Stigmatisierung und Kriminalisierung von sozialem Aktivismus. Diese Faktoren ermöglichen es, dass sich die Gewalt normalisiert und nicht reduziert wird und dass aufgrund ineffizienter Schutzmechanismen Aktivisten weiter als Störfaktor in das Visier bestimmter Akteure geraten (4.2). Zum anderen wird die strukturelle Dimension durch die selektive Gewalt an sozioökonomisch schwächer gestellten, Aktivisten und Aktivistinnen aus strukturschwachen Gegenden und solcher mit indigener Herkunft deutlich. Auch die fehlende Ahndung der Taten durch den Staat ist ein Indiz für die strukturelle Dimension der Gewalt. Dass gerade sozial marginalisierte Gruppen wie ländlich-kleinbäuerliche und indigene und afrokolumbianische Gruppen zum Ziel der Gewalt werden und sich dabei kaum auf die offiziellen staatlichen Sicherheitsgarantien verlassen können, reflektiert historische Diskriminierungs- und Ausschlussmuster. Diese sind in der Gesellschaft und Politik des postkolonialen Kolumbiens tief verankert und schlagen sich u.a. in einer relativ hohen gesellschaftlichen und staatlichen Toleranz und einer Normalisierung der Gewalt gegenüber bestimmten Minderheiten nieder (4.3.).

Diese drei Dimensionen erklären das komplexe Phänomen der Aktivistenmorde in Kolumbien, über die These des Machtvakuum hinaus und verdeutlichen so die dahinter liegenden strukturellen Faktoren, die zum Fortbestehen der Gewalt beitragen.

4.1 POLITÖKONOMISCHE DIMENSION: DAS MACHTVAKUUM UND DIE GEWALTVOLLE NEUAUSHANDLUNG VON LAND UND RESSOURCEN

Die meisten Berichte betonen die zeitliche und geographische Übereinstimmung zwischen dem Rückzug und der Demobilisierung der FARC-EP und dem Anstieg der Morde 2017 innerhalb der Gebiete, die noch 2016 von der Guerilla kontrolliert wurden (vgl. PSD 2017; Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018: 15, 16; UNHCHR 2018; Defensoría del Pueblo 2017, 2018). Diese ländlichen Gegenden überschneiden sich oft mit den Territorien, in denen indigene, afrokolumbianische oder bäuerliche Gemeinschaften leben, die Ressourcen wie Gold und illegale Kokaanpflanzungen besitzen und die durch bereits vorhandene Dispute um (illegale) Landaneignungen geprägt sind (vgl. Pérez Corredor 2018: 95). Die Berichte gehen von einer These des Machtvakuum und des dadurch entstandenen Streits zwischen illegal und legal bewaffneten Akteuren um Land, Ressourcen und illegale Ökonomien aus (vgl. Defensoría del Pueblo 2017, 2018; Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018, PSD 2017, ACNUDH 2016). Es geht, so diese Lesart, innerhalb der bewaffneten Auseinandersetzungen primär um die Hoheitsmacht in ressourcenreichen Gebieten und um die Kontrolle der illegalen Drogenökonomien, des illegalen Bergbaus oder um die kommerziellen Interessen an landwirtschaftlichen Megaprojekten (vgl. UNHCHR 2018: 11; Defensoría del Pueblo 2018; PSD 2017: 11). Innerhalb dieser bewaffneten Interessenskonflikte geht es aber auch um soziale Kontrolle, wodurch Aktivisten und Aktivistinnen, die diesen Interessen entgegenstehen, als Störfaktor ausgemacht werden (Pérez Corredor 2018: 96).

Die historischen Präsenzgebieten der FARC-EP zeichnen sich durch dynamische wirtschaftliche Ressourcenverhältnisse aus, wie z.B. extraktivistische Projekte für Öl, Koka, Heroinmohn, Bananen, Gold und Wasserkraftwerke (LeGrande 2003: 176, 177). Faktisch gab es innerhalb dieser Gebiete nie eine positive staatliche Präsenz, wodurch die ehemaligen FARC-EP als Parallelinstanz ökonomische und soziopolitische Ordnungsstrukturen vorgab und die Rolle lokaler Regierungen übernahm (LeGrande 2003: 178). Durch den Rückzug 2016 und die Demobilisierung der FARC-EP 2017 entstanden regional-spezifische Machtvakua, die vom Staat nicht schnell genug eingenommen wurden. Stattdessen kam es vermehrt zu Gefechten zwischen illegal bewaffneten Akteuren, wie z.B. den paramilitärischen Gruppen und Guerillas, um regionale Vormachtstellungen und die Neuaushandlung der Ressourcenzugänge illegaler Ökonomien (vgl. Defensoría del Pueblo 2017). Innerhalb der gewaltvollen Neuaushandlung der Kontrolle um die ehemals von der FARC kontrollierten und ressourcenreichen Gebiete stellen Aktivisten und Aktivistinnen, die sich z.B. gegen illegale Bergbauprojekte wenden, die für Landrückgabe, Drogen-Substitutionsprogramme oder für die Rechte von LGBTI-Personen oder der indigenen Gruppen kämpfen, für unterschiedliche bewaffnete Akteure ein Hindernis dar (vgl. Pares 2018a).

Neben diesen neuen Konfliktdynamiken durch verschiedene illegal bewaffnete Akteure gibt es auch neue Konflikte mit Blick auf die Ressourcenerschließung legaler Wirtschaftskonzerne und deren Un-

terstützung durch paramilitärische Gruppen. Die Morde an Landrückgabeaktivisten und -aktivistinnen sowie an ethnischen Aktivisten und Aktivistinnen sind in Regionen wie Antioquia, Chocó und La Guajira auch auf Interessenkonflikte um Land zwischen wirtschaftlich legalen und illegal bewaffneten Akteuren zurückzuführen. Diese Konflikte wurden einerseits durch den mit dem Friedensabkommen eingeleiteten „Push“ für Wachstum ausländischer Investoren begünstigt (Global Witness 2016: 13). Durch diese „Large-Scale-Investitionen“ wird z.B. in der Region La Guajira¹⁸ zusätzlicher Druck auf indigene Territorien ausgeübt (Global Witness 2016: 13). Andererseits ist die Hoffnung auf Landrückkehr im Rahmen des Friedensprozesses gestiegen (Global Witness 2017: 28), was dazu geführt hat, dass gewaltvoll Vertriebene vermehrt ihren rechtlichen Anspruch¹⁹ auf Landrückkehr geltend gemacht und Landrückgabeprozesse initiiert haben. Aufgrund dieser Prozesse gelten Aktivisten und Aktivistinnen als Hindernis für diejenigen Gruppen, die sowohl um die Kontrolle illegaler Wirtschaftszweige als auch für legale Wirtschaftsunternehmen kämpfen, die, von staatlichen Sicherheitskräften und mitunter paramilitärischen Gruppen unterstützt, auf die Erschließung grundsätzlich legaler Ressourcen (Palmöl, Bananen etc.) zielen (vgl. Global Witness 2016; 2017).

Dieser Zusammenhang zwischen der Expansion legaler Wirtschaftsunternehmen und der Gewalt gegen diejenigen, die sich dieser Expansion entgegenstellen, ist schwer zu belegen, aber aus Sicht der Betroffenen aus Urabá und Chocó nicht von der Hand zu weisen (Hacemos Memoria 2018). Aber auch Berichte, wie der vor der JEP 2018 präsentierte Bericht „Iban por las tierras“, verdeutlichen die Strukturen der politischen und selektiven Gewalt, die Paramilitärs zwischen 1995 und 2016 im Kontext legaler Ökonomien (Bananen und Palmöl) und trotz der Präsenz staatlicher Sicherheitskräfte in den Regionen Urabá und Bajo Altrato durch Landraub und durch Vertreibung der Bevölkerung anwendeten (vgl. El Tiempo 2017b; Hacemos Memoria 2018). Der Mord an dem Landrückgabeaktivisten²⁰ Luis Hernán Bedoya verdeutlicht einen Kontext, in dem der vermutete Zusammenhang zwischen paramilitärischen Gruppen und Unternehmen, die Ansprüche auf Land erheben, zumindest eine Rolle spielt. Der Mord ereignete sich im Dezember 2017 in dem Verwaltungsbezirk Chocó, der historisch von Landraub und Vertreibungen betroffen ist. Bedoya wehrte sich gegen die geplante Umsetzung agro-industrieller Projekte (Kochbananen, Palmöl etc.), die durch die staatliche Organisation der *Agencia Nacional de Tierras* (ANT) finanziert sind. Die ANT plante eine Umsetzung der Projekte innerhalb der *Zona Biodiversidad Mi Tierra* auf dem Gemeinschaftsterritorium in Pedeguita und Mancilla.²¹ Bedoya, der sich in seinen Regionen gegen die gegen Aktivisten gerichtete Gewalt durch Unternehmen (wie z.B. *Turbana Corp* und *RECIFE S.A.*) und Paramilitärs (*Autodefensas Gaitanistas de Colombia*, AGC) durch Anzeigen wehrte, wurde trotz des Schutzstatus (Schussweste), die er von der nationale Schutz-

18 Auch in La Guajira kam es nahe der Region der umstrittenen größten Bergbaumine Lateinamerikas, dem El Cerrejón im Norden Kolumbiens, zu einem Anstieg der Gewalt gegen Landrückgabeaktivisten und -aktivistinnen (Global Witness 2016: 13). Die daraus resultierenden Auseinandersetzungen sind durch die Betätigung einer Vielzahl illegaler paramilitärischer und legaler, staatlicher und unternehmerischer Akteure gekennzeichnet.

19 Durch das Transitional Justice Gesetz 1448 (2011), dem sogenannten Opfer- und Landrückgabegesetz (*Ley de Víctimas y Restitución de Tierras*), haben Opfer von Vertreibung das Recht auf Landrückgabe.

20 Dies ist ein Aktivismus, der den rechtlichen Anspruch auf Landrückgabe und Landrückkehr geltend macht.

21 Pedeguita und Mancilla liegen in der Sub-Region Bajo Altrato der Provinz Chocó. Diese Region zeichnet sich durch ihre große Artenvielfalt aus und durch die historische Abwesenheit des Staates. In einem komplizierten und seit Jahren währenden Streit erheben afrokolumbianische Gemeinden, Landrückkehrer und Unternehmen Landansprüche auf Teile der Region.

einheit (*Unidad Nacional de Protección*) erhielt, vermutlich durch die AGC ermordet (vgl. Procuraduría General de la Nación 2018: 43, 44).

4.2 POLITISCH-INSTITUTIONELLE DIMENSION: „STAATSVERSAGEN“ UND RHETORIK STATT POLITISCHEM WILLEN

Neben der politökonomischen Erklärung der Gewalt gibt es weitere Kontextfaktoren für die Persistenz der Gewalt an sozialen Aktivisten und Aktivistinnen, die den neuen Dynamiken der Gewalt vorausgehen. Als Gewalt ermöglichender Kontextfaktor wird die tiefer greifende Systematik institutioneller und politischer Strukturen im Folgenden an Beispielen verschiedener staatlicher Institutionen aufgezeigt. Die hohe Straffreiheit, Kriminalisierung und Stigmatisierung von Aktivisten und Aktivistinnen innerhalb des Strafverfolgungsapparates und die Ineffektivität staatlicher Sicherheitssysteme, die Morde an bereits langjährig bedrohten Aktivisten und Aktivistinnen zu verhindern, zeigen eine institutionelle Schwäche des staatlichen Apparates, die Rechte der Aktivisten und Aktivistinnen ausreichend zu garantieren. Diese institutionellen Bedingungen ermöglichen die Fortsetzung der Gewalt. Dieser Kontextfaktor kann aber nicht nur auf fehlende finanzielle Ressourcen und korrupte Strukturen zurückgeführt werden, sondern er beruht vor allem auf einer spezifischen „politischen Haltung“ (PSD 2017) von Mitgliedern sowohl der Regierung Santos als auch der Duque-Administration. Diese bekennen sich zu einem vorgeblichen politischen Willen, die Morde an Aktivisten- und Aktivistinnen aufzuklären, ohne auf die Systematik hinter den Morden im Zusammenhang mit Landkonflikten einzugehen (vgl. PSD 2017; Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018; HRW 2017). Die Regierung versäumt es dadurch, den Fokus auf den mangelnden Schutz der Opfer trotz vorhandener staatlicher Sicherheitsmechanismen zu legen.

Das staatliche Schutzsystem setzt sich aus unterschiedlichen Institutionen und Programmen zusammen, die verschiedene Schutzmechanismen beinhalten sollen. Hierzu zählen im engeren Sinne das *Sistema de Alertas Tempranas* (SAT), das durch das Ombudsmann-Büro (*Defensoría del Pueblo*) geführt wird, die seit 2011 gegründeten und agierenden *Unidad Nacional de Protección* (UNP) und dem kürzlich durch die Regierung Duque beschlossenen *Plan de Acción Oportuna de Prevención y Protección* (PAO). Das SAT ist ein 2001 gegründetes Instrument der *Defensoría del Pueblo*, das der Verifikation, Analyse und Feststellung von Risikosituation und Verletzlichkeit der Zivilbevölkerung aufgrund des bewaffneten Konflikts dient. Ziel ist es, Vertreibungen und Gewalt zu verhindern, indem lokale und nationale Institutionen frühzeitig über die Risikosituationen informiert werden (*Defensoría del Pueblo* 2019). Die UNP ist ein staatliches Schutzorgan, das sich nach eigenen Angaben an den Menschenrechten orientiert und damit beauftragt ist, Analysen und Evaluationen zu Risikosituationen und Bedrohungsszenarien anzufertigen, um individuelle oder kollektive Schutzmaßnahmen mit einem differentiellen Fokus (Territorien, ethnische Gruppen und Geschlecht) zu implementieren (UNP 2019). Derzeit stehen 7.400 Personen unter ihrem Schutz, darunter sind 4.500 soziale Aktivisten und Aktivistinnen, von denen 600 kollektiv geschützt werden (*El Tiempo* 2019b). Der Aktionsplan PAO dient der Vorbeugung von Gewalt und dem Schutz von Menschenrechtsaktivisten, sozialen und kommunalen Aktivisten und Journalisten.

Diese vielfältigen Schutzmechanismen erzielen, laut vieler Berichte, nur geringe Resultate. Dahinter stehen verschiedene Gründe, wie z.B. Korruptionsaffären in der UNP und deren unübersichtliches System, unterschiedliche lokale Sicherheitsunternehmen anzustellen (Hide 2019), was dazu führte, dass die UNP trotz staatlicher Finanzierung verkündete, sie habe keine Kapazität, Aktivisten zu schützen (vgl. LAFM 2018; El Espectador 2018b). Letztlich liegt dieser Mangel an Kapazität aber an dem fehlenden politischen Willen, die sozialen Aktivisten und Aktivistinnen ernsthaft und effizient zu schützen (vgl. UNAL et al. 2018; PSD 2017), die Korruption zu bekämpfen und die Auftraggeber der Morde zu ermitteln.

Die Ineffizienz der staatlichen Schutzmechanismen zeigt sich zum einem darin, dass die UNP und das *Comité de Evaluación de Riesgo y Recomendación de Medidas* (CERREM)²² die bereits unter ihrem Schutz stehenden sozialen Aktivisten und Aktivistinnen teilweise nicht effektiv schützen. Die Studie der Generalanwaltschaft verweist auf institutionelle Probleme innerhalb der Arbeit der UNP: So werden z.B. Risikostudien nicht rechtzeitig erstellt und erfassen nicht hinreichend die territorialen Konfliktodynamiken (Procuraduría General de la Nación 2018: 23 f.). Ergebnis sind Fehleinschätzungen und das Ausbleiben notwendiger Schutzmaßnahmen. Zudem werden mitunter weiter notwendige Schutzmaßnahmen vorzeitig eingestellt.

Im Umgang mit der Umsetzung der Schutzmechanismen für Aktivisten und Aktivistinnen kam es auch seitens des Innenministeriums zu erheblichen Störungen und Verzögerungen (vgl. UNAL et. al 2018: 169, 173). So hatte das Innenministerium im Jahr 2017 nur selten zeitnah auf die insgesamt 14 *Notas de Seguimiento* und 52 Risikoberichte, die vom kolumbianischen Ombudsmann-Büro (*Defensoría del Pueblo*) veröffentlicht und versendet wurden, geantwortet. In zentralen Fällen (*Informe De Riesgo* N° 010-17) hat es im Innenministerium gar keine Antwort auf die Risikoberichte gegeben (UNAL et. al 2018: 169, 173). Zusätzlich werden in einigen Fällen Bedrohungen weder von den zuständigen Stellen registriert noch von den Medien veröffentlicht (Pares 2018 b).

Darüber hinaus stigmatisiert die Generalstaatsanwaltschaft soziale Aktivisten und Aktivistinnen indem sie diese als kriminell diffamiert (vgl. El Espectador 2018a; Hurtado et al. 2019: 19), statt deren Schutzwürdigkeit höher einzustufen. Andere Berichte dokumentieren eine Tendenz der Institutionen, die Taten nur langsam aufzuklären bzw. zu ahnden. So zeigt eine Studie, dass die Generalstaatsanwaltschaft zwar in 50% der 178 erfassten Morde zwischen 2016 und 2018 zur Aufklärung beigetragen hat, aber nur in wenigen Fällen ist es zu einer Verurteilung der Täter gekommen (UNAL et. al 2018: 167). Etliche NGO-Berichte verweisen zudem darauf, dass die Morde an Aktivisten und Aktivistinnen in Kolumbien seit Jahren straffrei bleiben (vgl. HRW 2017: 205; Coordinación Colombia Europa Estado Unidos 2017; PSD 2017; Global Witness 2016, 2017). Laut PSD (2017) wurden 87% der zwischen 2009 und 2016 registrierten 458 Fälle nicht geahndet. Diese „*culture of impunity*“ (Global Witness 2017: 28) ist, so das Argument, Ausdruck einer „politischen Haltung“ (vgl. PSD 2017; 2019), die gewisse kriminelle Strukturen schlicht nicht aufdecken will.

22 Das Komitee zur Risikoevaluation und Empfehlung von Maßnahmen (CERREM) wird technisch durch das *Office of the United Nations High Commissioner for Refugees* (UNHCR) unterstützt und wurde 2015 als Teil der UNP installiert, um diese bei der Risikoevaluation von Kollektiven und Gemeinden zu unterstützen.

Diese „Tendenz der Regierung“, gewisse kriminelle Strukturen, wie z.B. den Paramilitarismus, zu leugnen, existiert in Kolumbien seit langem (vgl. CEJL 2018; Pérez Corredor 2018: 97). In dem Friedensprozess 2006 unter der Regierung Uribe wurden die Paramilitärs zwar offiziell demobilisiert, das Übergangsgesetz für „Gerechtigkeit und Frieden“ trug aber aufgrund der zugrunde liegenden Definition von Paramilitarismus als „bewaffnete Gruppen“ nicht dazu bei, die Rolle von „übergeordneten kriminellen Strukturen, die Rolle des Staates und gesellschaftlicher Eliten“ aufzuklären (Delgado Ariza 2017: 170). Vielmehr wurden „die Beteiligung staatlicher Sicherheitskräfte an Todesschwadronen“ sowie der Zusammenhang der Regierungsunterstützung bei der Entstehung dieser Gruppen (Helfrich/Kurtenbach 2006: 19) ausgeblendet. Der fehlende politische Willen, der sich hier zeigt (vgl. UNAL et al 2018: 168; El Tiempo 2018b), verweist mithin darauf, dass die Funktionsweise der staatlichen Institutionen Kolumbiens einen zentralen, Gewalt ermöglichenden Kontextfaktor darstellt.

Zu der oben erwähnten intransparenten Haltung staatlicher Institutionen wie der UNP, dem CERREM und der Generalstaatsanwaltschaft kommt verstärkend auch die beschwichtigende Rhetorik zentraler politischer Repräsentanten wie z.B. des ehemaligen Verteidigungsministers Luis Carlos Villgas und der amtierenden Innenministerin Nancy Patricia Gutiérrez. In einem stark kritisierten Interview banalisierte Villegas die Morde an sozialen Aktivisten und Aktivistinnen, indem er betonte, sie seien auf Nachbarschaftsstreitigkeiten zurückzuführen (El Espectador 2017). Als Kritik erschienen danach etliche Presseberichte und Untersuchungsberichte, wie z.B. der des *Centro de Investigación y Educación Popular* (CINEP) und *Programa por la Paz* (PPP), die darlegen, dass es sich bei den Morden einerseits nicht um Nachbarschaftsstreitigkeiten, sondern um Gewaltaffären im Landkonflikt handelt und deren Urhebererschaft andererseits auf die Aktivität paramilitärischer und militärischer Gruppen zurückzuführen ist (CINEP/PPP 2018). Obwohl die Generalstaatsanwaltschaft, die Generalanwaltschaft (*Procuraduría de la Nación*) und das Verfassungsgericht in Reaktion auf diese Auseinandersetzungen auf den systematischen Charakter der Gewalt an sozialen Aktivisten und Aktivistinnen verweisen (vgl. Procuraduría de la Nación 2018; El País 2019), vertritt auch die amtierende Innenministerin Nancy Patricia Gutiérrez eine ähnliche Meinung. In einem Interview weist sie zwar darauf hin, dass sich die Morde inmitten der territorialen Gewaltdynamiken zwischen verschiedenen illegal bewaffneten Akteuren ereigneten, weist jedoch einen systematischen Zusammenhang zum Landrückgabe- bzw. Landrechteaktivismus der Betroffenen zurück (El Tiempo 2019a).

Im Verlaufe des Jahres 2019 reagierten sowohl die Innenministerin als auch der Präsident durch wachsenden öffentlichen Druck auf die sich zuspitzende humanitäre Krise in Kolumbien. Nach dem öffentlichkeitswirksamen Anschlag auf die international bekannte Umweltaktivistin und Goldman-Preisträgerin Francia Márquez im Mai 2019 versicherte die Innenministerin, dass eine „integrale Strategie“ zur Bekämpfung der illegalen Akteure notwendig sei und dass Schutzwesten und individuelle Schutzmaßnahmen nicht ausreichten, um die Aktivisten und Aktivistinnen zu schützen (El Tiempo 2019b). Sie versicherte, dass die Regierung an der Umsetzung einer „integralen Strategie“ seitens des Ombudsmann-Büros, der Generalstaatsanwaltschaft, der Generalanwaltschaft und der staatlichen Sicherheitskräfte sowie an der Restrukturierung der UNP arbeite. Einen Tag danach kündigte Präsident Duque die Einführung einer speziellen Einheit von Richtern an, die die Taten effektiver und schneller aufklären und ahnden soll. Das Ziel sei es, so Duque, klar zu machen, dass es in Kolumbien „keine Straffreiheit“ für diese Taten gibt und geben wird (El Tiempo 2019c).

Es bleibt zu hoffen, dass diese Ankündigungen schnell Wirkung zeigen und nachhaltig dafür sorgen, dass die Gewalt gegen Aktivisten und Aktivistinnen reduziert wird. Die institutionelle Aufklärungsarbeit bezieht sich aber nur auf die Taten von illegal bewaffneten Akteuren ohne von den Auftraggebern der Morde zu sprechen. Die vagen institutionelle Beschreibungen der meist mit Kapuzen getarnten bewaffneten Auftragsmörder als „unbekannt“ oder „Täter ohne Information“ trägt zu einer Verheimlichung der Gewalt bei und bedingt die Straffreiheit dieser Taten positiv (CINEP/PPP 2019: 6). Die Kombination von korrupten Strukturen innerhalb zentraler staatlicher Institutionen und das Verschweigen der Systematik der Gewalt an Aktivisten und Aktivistinnen verdeutlicht, wie unwahrscheinlich eine baldige Änderung des Gewalttrends ist.

4.3 STRUKTURELLE DIMENSION: HISTORISCHE DISKRIMINIERUNGS- UND GEWALTMUSTER

Die strukturelle Dimension historischer Diskriminierungs- und Gewaltmuster in Bezug auf kommunale und ethnische Bevölkerungsgruppen verweist auf die postkoloniale Kontinuität der Gewalt. In diesem Sinne ist es alles andere als ein Zufall, gegen wen sich die gezielte Gewalt vorwiegend richtet: gegen die auf dem Land lebenden kommunalen und ethnischen Aktivisten und Aktivistinnen, deren Rechte und Schutzgarantien nicht ausreichend vom Staat gewährleistet wurden. Viele NGOs sprechen im aktuellen Kontext von einer „generellen Tendenz“ einer „selektiven Gewalt“ (vgl. CINEP et al. 2017; Heinrich-Böll-Stiftung et al. 2018; CODHES 2018; ONIC 2018). Diese äußert sich darin, dass einerseits Kleinbauern häufig von der Gewalt betroffen sind und andererseits indigene und afrokolumbianische Gruppen überproportional oft von der Gewalt betroffen sind (Dejusticia 2018). Ebenso verwiesen staatliche Institutionen wie das Ombudsmann-Büro (Defensoría del Pueblo 2018: 43) und die Generalanwaltschaft (Procuraduría General de la Nación 2018: 22) auf diese ethnische Komponente der Gewalt.

In der selektiven Gewalt gegen indigene und afrokolumbianische Aktivisten und Aktivistinnen äußert sich eine Kontinuität bestimmter historischer und sozio-ökonomischer Ausschlüsse, die in der Kolonialerfahrung indigener Gruppen und der Versklavung afrokolumbianischer Bevölkerungsteile wurzeln. Diese setzten sich in einem gesellschaftlichen, bürgerlich-rechtlichem und institutionellem Ausschluss dieser Gruppen fort (vgl. Agnew/Oslender 2013: 135; Morenz 2017: 231), und äußern sich bis heute in Enteignungen und Verfolgung sowie der ideologisch-rassistisch motivierten Verletzung indigener und afrokolumbianischer Rechte durch staatliche Institutionen (vgl. ONIC 2018: 3). Diese Strukturen finden sich u.a. auch in einem imaginierten Stadt-Land-Gefälle, das auf „rassifizierten Stereotypen“ aufbaut, (Morenz 2017: 231). Dieser rechtliche Ausschluss von indigenen und afrokolumbianischen Individuen und Gruppen spielt sich vor der historisch verfestigten breiten Tendenz des rechtlichen Ausschlusses der sozioökonomisch schwächer gestellten kleinbäuerlichen Landbevölkerung ab (Peña Huertas 2018: 90)²³, weshalb es sinnvoll ist, die rechtlichen Ausschlüsse und die Kriminalisierung gegen diese Bevölkerungsgruppen und die Straflosigkeit der Morde an selbigen in einer verschränkten Analyse zu betrachten.

23 Diese Tendenz entstand mit dem staatlichen Versäumnis, Land- und Vermögensrechte festzusetzen und mit der dadurch bedingten schwachen oder fragilen Staatlichkeit im ländlichen Raum (Peña Huertas 2018: 90).

Obgleich sowohl kleinbäuerliche als auch ethnische Gruppen von der Gewalt betroffen sind, lässt sich vermuten, dass sich die Morde an ethnischen Aktivistinnen und Aktivistinnen im Gegensatz zu den Morden an Bauern häufen, da besonders die indigene Bevölkerung aufgrund ihrer Autonomierechte mehr Land hat, das sie für Naturreserve nutzt. Ethnische Minderheiten sind gerade in den marginalisierten Regionen ansässig, in denen z.B. illegale Drogen-Ökonomien blühen. Deshalb wurden indigene Aktivistinnen und Aktivistinnen, die sich für die Rechte ihrer Gemeinschaften auf Umweltschutz, Landrückgabe und Landgewinnung kolonialer Anspruchstitel, für Koka-Substitutionsprogramme und gegen illegalen Bergbau und die Expansion extraktivistischer Industrien innerhalb indigener Territorien (Dejusticia 2018) einsetzten, nach dem Rückzug der FARC-EP in besonderer Weise zum Hindernis sowohl illegaler als auch legaler bewaffneter Akteure (ONIC 2018: 3,4).

Zudem äußert sich die Gewalt gegen Indigene im Kontext historisch verfestigter Diskriminierungs- und Ausschlussmuster: So verweist ONIC auch darauf, dass am 26.02.2018 Eleazar Tequia Vitucay in Chocó bei seiner Arbeit nach einem Bildungsstreik (*Minga Educativa*) durch das kolumbianische Militär getötet wurde (vgl. ONIC 2018: 3,4; Colombia Plural 2018). Laut Angaben der Gemeinschaft und einer Zeugenaussage habe sich der Mord nachts im Zuge einer unerwarteten Konfrontation zwischen Militär und Indigenen ergeben, in welcher das Militär die Autorität der *Guardia Indígena*²⁴ degradierend infrage gestellt habe. Dabei habe sich Tequia einem der Soldaten widersetzt und wurde deshalb von einem weiteren Soldaten erschossen. Laut Angaben des Militärs habe es sich hierbei um einen „Konflikt der öffentlichen Ordnung“ gehandelt (Colombia Plural 2018).

Interpretiert man den ineffektiven staatlich-institutionellen Schutz, der sich in der Nicht-Garantie der Rechte besonders ethnischer Aktivistengruppen zeigt, lässt sich diese Haltung als Wiederholung gewisser historischer Diskriminierungs- und Gewaltmuster durch die willkürliche Gewaltausübung staatlicher Sicherheitskräfte verstehen: Gerade die Gewaltausübung gegenüber indigenen Aktivistinnen im Kontext sozialer Proteste stellt eine Kontinuität der staatlichen Unterdrückung von Aktivistinnen und Aktivistinnen und oppositionellen Kräften dar (vgl. CAJAR 2018: 11). Die Aktivistinnen-Opfer staatlicher Sicherheitskräfte verdeutlichen zudem das Paradox der bisherigen Umsetzung des Friedensabkommens mit den FARC-EP: Aktivistinnen und Aktivistinnen mit ethnischer Abstammung, die sich im Sinne des Abkommens für ihre Rechte auf Territorien oder für lokale Belange einsetzen, werden von den staatlichen Sicherheitskräften dabei nicht etwa unterstützt, sondern, so scheint es, zu Opfern willkürlicher Tötungen. Nicht zuletzt deshalb breiteten sich seit Anfang März 2019 Proteste der indigenen Bevölkerung im Rahmen einer *Minga indígena* landesweit aus, die das Versagen des Staates bei der Umsetzung zuvor eingegangener Zusagen und beim Schutz indigener Rechte anprangerten.

24 Die Wächter und Wächterinnen der *Guardia Indígena* schützen und verteidigen ihre traditionell bewohnten und genutzten Territorien, Autonomierechte und den Lebensunterhalt der indigenen Gruppen Kolumbiens. Die autonomen Wächtergruppen schützen sich einzig mit einer Holzstange. Diese gilt als Symbol ihres waffenlosen Widerstandes.

5. FAZIT

Das weltweit gefeierte Friedensabkommen von Havanna beendete Ende 2016 den seit den 1960er Jahren währenden kolumbianischen Konflikt zwischen der ältesten und größten lateinamerikanischen Guerillaorganisation (FARC-EP) und dem kolumbianischen Staat. Als erstaunlicher Gegentrend zu den allgemeinen nationalen Mordzahlen, die seit 2007 jährlich fielen, stieg die gezielte Gewalt in Form von Morden (und Aggressionen) gegen soziale Aktivisten und Aktivistinnen seit den Friedensverhandlungen und dem dauerhaften Waffenstillstand 2014. Statt die Aktivisten und Aktivistinnen innerhalb der ehemals von den FARC-EP beherrschten Gebiete durch staatlich-institutionelle Präsenz nachhaltig zu schützen, verbindet Kolumbiens „Gewalt-Frieden“ (Dietz/Wolff 2018) seit 2016 vielmehr einen Gewaltrückgang für die (städtische) Bevölkerungsmehrheit mit andauernder Gewalt, die sich gegen die traditionell besonders vom Konflikt betroffenen Teile der Bevölkerung richtet. Diese sich in den letzten Jahren normalisierende selektive Gewalt kann als Vorbote einer Gewaltzunahme in einem sich wieder zuspitzenden Konflikt im ländlichen Kolumbien verstanden werden.

Der Report hat auf der Basis vorliegender Daten und Analysen aufgezeigt, dass sich diese Gewalt zwischen 2016 und 2018 überwiegend gegen ländliche und Aktivisten und Aktivistinnen ethnischer Abstammung richtete und in von Armut betroffenen Regionen, in ehemaligen FARC-EP-Einflussgebieten und in Gebieten mit illegalen Ökonomien auftrat. Der Gewaltnstieg wurde im zeitlichen und geographischen Kontext des Friedensprozesses dargestellt und es wurde verdeutlicht, dass hinter dem unmittelbaren Zusammenhang zwischen Gewalt und Friedensabkommen – aufgrund des im Zuge der Demobilisierung der FARC-EP entstandenen Machtvakuum – weitere politisch-institutionelle und strukturelle Faktoren der Gewalt stehen. Die These des Machtvakuum erklärt alleine nicht hinreichend die Selektivität hinter dem Anstieg der Gewalt und auch nicht die ineffizienten staatlichen Schutzgarantien vor einer sich normalisierenden Gewalt. So setzt die Entstehung eines Machtvakuum bereits voraus, dass der Staat nicht in der Lage oder nicht willens ist, die territoriale Kontrolle zu übernehmen.

Obwohl einige staatliche Instanzen, wie das Ombudsmann-Büro und die UNP, in ihrer Arbeit für die Sicherheit der Aktivisten und Aktivistinnen aufgrund knapper finanzieller Ressourcen und korrupter Strukturen eingeschränkt sind, fehlt es laut Angaben der meisten Berichte und Analysen an einem politischen Willen. Dieser fehlende politische Wille wird besonders durch die Ineffektivität staatlicher Schutzmechanismen und Institutionen, durch eine beschwichtigende Rhetorik zentraler staatlicher Repräsentanten, durch langsame und einseitige Aufklärung und hohen Straffreiheit der Taten deutlich. Jüngst wurde zwar die Einrichtung einer speziellen Richterentität zur schnelleren Aufklärung der Morde mit Bezug auf lediglich illegal bewaffnete Gruppen angekündigt. Eine umfassende Aufklärung der Strukturen hinter den Morden würde vom Justizsystem aber verlangen, auch in Richtung der Komplizenschaft privater Sektoren und zivilbehördlicher Instanzen zu ermitteln.

Mit dem Anliegen genau diese Strukturen aufzudecken, reichten am 05.04.2019 20 aktivistische Kollektive beim Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag einen Bericht zu den Tötungen von sozialen Aktivisten und Aktivistinnen in Kolumbien ein und forderten den ICC auf, die Rolle des Staates zu untersuchen. Es bleibt zu hoffen, dass der internationale Druck, den ein Verfahren vor dem ICC

bedeuten würde, den Druck auf die kolumbianische Regierung erhöht, endlich alles dafür zu tun, dass die anhaltende Gewalt gegen Aktivistinnen und Aktivisten ein Ende hat. Dies allein kann aber nicht die Aufgabe des ICCs sein, es erfordert vielmehr ein Hinschauen und Aktivwerden anderer Staaten, die das Problem öffentlichkeitswirksam aufgreifen und den internationalen Druck erhöhen, sodass finanzielle Hilfe und Handelsabkommen mit Kolumbien an die Verbesserung der Sicherheitsbedingungen der gefährdeten Gruppen vor Ort gebunden werden.

Die Listen der kolumbianischen NGOs zur Verbesserung der Sicherheitslage der Aktivisten und Aktivistinnen ist lang und umfassen die Umsetzung präventiver, kollektiver und integraler Sicherheitsmechanismen für Gemeinschaften, die faktische Einbeziehung der Forderungen afro-kolumbianischer und indigener Gruppen, die Gewährleistung und Finanzierung der Umsetzungen des Friedensabkommens, die bessere Vernetzung verschiedener staatlicher Sicherheitsentitäten, die Korruptionsbekämpfung innerhalb der UNP und die Einschränkung des Drogenhandels (vgl. UNAL et al. 2018: 220; Hide 2019). Darüber hinaus finanzierte die *United States Agency for International Development* (USAID) vor kurzem einen Hackathon²⁵ zur Entwicklung und Verbesserung der Aufklärungsmaßnahmen und zum Schutz der Aktivisten und Aktivistinnen im ländlichen Raum durch neue Technologien wie z.B. Drohnen und Sicherheitskameras (Caracol, 17.06.2019). Letztlich vermag aber nur eine integrale Politik, die die Strukturen hinter der selektiven Gewalt angeht und die den Opferschutz in den Vordergrund stellt, eine nachhaltige Veränderung zu schaffen.

Zentral bei all diesen Maßnahmen ist, zu verstehen, dass nicht nur die Neuformierung illegaler Gruppen in den von der FARC-EP zurückgelassenen Regionen im Kampf um z.B. Drogenrouten einen Gewaltfaktor darstellt, der die Zunahme der Aktivistenmorde erklärt, sondern dass man andererseits auch fragen muss, weshalb der Erhalt der Drogenökonomien in Kolumbien auch dazu führt, dass Aktivisten und Aktivistinnen keinen ausreichenden Schutz vom demokratischen Rechtsstaat Kolumbien erhalten. Die Morde an Aktivisten und Aktivistinnen stehen nicht für sich genommen. Vielmehr stehen sie für die Familien der Opfer sowie die zivilen Gemeinschaften. Die Gefahr besteht nicht nur darin, die Stimmen der Zivilgesellschaft und damit die des Friedensdialogs leiser werden zu lassen. Vielmehr liegt die Gefahr darin, ein in Kolumbien bereits bekanntes Phänomen – die Ermordung der Mitglieder der *Unión Patriótica* (UP) in den 1980ern – zu wiederholen und bei der Ausschaltung politischer Stimmen – insbesondere die der kleinbäuerlichen und indigenen Gruppen – tatenlos zuzusehen.

25

Ein Hackathon ist eine kollaborative Soft- und Hardwareentwicklungsveranstaltung.

ACNUDH (Alto Comisionado para los Derechos Humanos en Colombia) 2016: Preocupación por aumento de la violencia en contra de líderes, lideresas, defensores y población que habita zonas rurales.

Acosta-Navas, Diana/Reyes, Carlos Felipe 2018: From combatants' boots: Reincorporation and reconciliation, in: Díaz Pabón, Fabio Andrés (Hrsg.): Truth, Justice and Reconciliation in Colombia. Transitioning from Violence, London, 119–135.

Agnew, John/Oslender, Ulrich 2013: Overlapping Territorialities, Sovereignty in Dispute: Empirical Lessons from Latin America, in: Nicholls, Walter/Miller, Byron/Beaumont, Justin (Hrsg.): Spaces of Contention: Spatialities and Social Movements, New York, 121–140.

Allredge, Josh Meuth/Ch, Rafael/Rettberg, Angelika/Rojas, María Paula/Weintraub, Michael 2017: Understanding New Patterns of Violence in Colombia, in: Political Violence at a Glance, 07.06.2017, <http://politicalviolenceataglance.org/2017/06/07/understanding-new-patterns-of-violence-in-colombia/>; 18.07.2018.

Alto Comisionado Para La Paz 2016: Acuerdo Final para la Terminación del Conflicto y la Construcción de una Paz Estable y Duradera, Bogotá.

Caracol 2019: Hackathon en Campus Party busca visibilizar asesinato de líderes sociales. Los líderes sociales serán un tema principal en la versión 2019 del Campus Party, explorará retos tecnológicos para prevención y protección, in: Caracol, 17.06.2019, https://caracol.com.co/radio/2019/06/17/tecnologia/1560783708_546208.html; 19.07.2019.

CEJIL (Center for Justice and International Law) 2018: Colombia: Impunity, Denial and Stigmatization Continue to Put Human Rights Defenders in Colombia at Risk, 10 December 2018, <https://www.cejil.org/en/colombia-impunity-denial-and-stigmatization-continue-put-human-rights-defenders-colombia-risk>; 01.04.2019.

CINEP (Centro de Investigación y Educación Popular)/Programa por la Paz (PPP) 2018: No son líos de faldas, son líos de tierras. Situación de derechos humanos y DIH en Colombia (Informe 2017), Bogotá.

CINEP (Centro de Investigación y Educación Popular)/Programa por la Paz (PPP) 2019: Violencia Camuflada. La base social en riesgo. Informe Anual de DD.HH. En Colombia 2018, Bogotá.

CINEP (Centro de Investigación y Educación Popular)//Comisión Colombiana de Juristas (CCJ)/Instituto de estudios para el desarrollo y la paz (Indepaz)/Instituto de Estudios Políticos y Relaciones Internacionales (IEPRI)/Programa Por la Paz 2017: Panorama de violaciones al derecho a la vida, libertad e integridad de líderes sociales y defensores de DD. HH. (2016 y primer semestre de 2017), Bogotá.

CNC (Centro Nacional de Consultoría)/Consultoría para los Derechos Humanos y Desplazamiento (CODHES) 2018: Lista de departamentos con más líderes sociales asesinados. Más de 300 líderes sociales han sido asesinados desde 2016, <https://www.centronacionaldeconsultoria.com/single-post/BlogCNC/Lista-de-departamentos-con-m%C3%A1s-l%C3%ADderes-sociales-asesinados>; 04.04.2019.

CNMH (Centro Nacional de Memoria Histórica) 2012: Estadísticas del conflicto armado en Colombia, <http://www.centrodememoriahistorica.gov.co/micrositios/informeGeneral/estadisticas.html>; 01.04.2019.

CNMH (Centro Nacional de Memoria Histórica) 2018: En Colombia 82.998 personas fueron desaparecidas forzosamente, <http://www.centrodememoriahistorica.gov.co/noticias/noticias-cmh/en-colombia-82-998-personas-fueron-desaparecidas-forzosamente>; 04.08.2019.

Cepeda Másmela, Carolina/Tickner, Arlene B. 2017: Desecuritizing the „War on Drugs“, in: Power Dynamics and Regional Security in Latin America, 295–318.

CAJAR (Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo) /Comisión Intereclesial de Justicia y Paz/Coporación Jurídica Yira Castro/Programa Somos Defensores/Grupo Interdisciplinario de Derechos Humanos/European Center for Constitutional and Human Rights 2018: Defender la vida. Informe a la Comisión de Esclarecimiento de la Verdad sobre patrones de agresión a personas que defienden los Derechos Humanos y el territorio en Colombia (Informe a la CEV, Vol I), Bogotá.

Colombia Plural 2018: Crisis en el Chocó por el asesinato de un jefe de la guardia indígena, presuntamente a manos del Ejército, in: Colombia Plural, 27.01.2018, <https://colombiaplural.com/crisis-choco-asesinato-jefe-la-guardia-indigena-presuntamente-manos-del-ejercito/>; 16.04.2019.

Colombia Reports Profiles 2018: Puntilleros, in: Colombia Reports Profiles, 23.10.2018, <https://profiles.colombiareports.com/puntilleros/>; 12.01.2019.

Coordinación Colombia Europa Estados Unidos 2017: Ataques a los defensores de derechos humanos en Colombia se incrementan por falta de voluntad para esclarecer y dismantelar las estructuras criminales que los perpetrar, <http://coeuropa.org.co/ataques-a-los-defensores-de-derechos-humanos-en-colombia-se-incrementan-por-falta-de-voluntad-para-esclarecer-y-desmantelar-las-estructuras-criminales-que-los-perpetran/>; 22.07.2019.

Defensoría del Pueblo 2017: Informe especial de riesgo: Violencia y amenazas contra los líderes sociales y los defensores de derechos humanos, Bogotá.

Defensoría del Pueblo 2018: Homicidios de líderes sociales y defensores de DDHH, <http://www.defensoria.gov.co/es/public/contenido/7399/Homicidios-de-l%C3%ADderes-sociales-y-defensores-de-DDHH.htm>; 03.04.2019.

Defensoría del Pueblo 2019a: Sistema de alertas tempranas – SAT, <https://www.defensoria.gov.co/es/public/atencionciudadanoa/1469/Sistema-de-alertas-tempranas--SAT.htm>; 20.03.2019.

Defensoría del Pueblo 2019b: Líderes sociales y defensores de derechos humanos asesinados, <http://www.defensoria.gov.co/es/>; 25.01.2019.

Dejusticia 2018: Actores armados emergentes e industrias extractivas: nuevas amenazas contra indígenas colombianos, Juristas Akubadoura und Dejurista (08.05.2018), <https://www.dejusticia.org/actores-armados-emergentes-e-industrias-extractivas-nuevas-amenazas-contra-indigenas-colombianos/>; 25.01.2019.

Delgado, Ariza, Franceline 2017: Die Rolle des Strafrechts in Übergangsprozessen ohne Übergang: Überlegungen anhand des Falls Kolumbien, Frankfurt a. M.

El Colombiano 2017: Tasa de homicidios en Colombia en 2017 es la más baja en 30 años, in: El Colombiano 26.12.2017, <http://www.elcolombiano.com/colombia/tasa-de-homicidios-en-colombia-baja-en-2017-GX7918080>; 25.01.2019.

El Espectador 2017: Asesinatos de líderes son por „lios de faldas“: Ministro de Defensa, in: El Espectador, 17.12.2017, <https://www.elespectador.com/noticias/politica/asesinatos-de-lideres-son-por-lios-de-faldas-ministro-de-defensa-articulo-728893>; 02.04.2019.

El Espectador 2018a: „Están asesinando promotores de la Colombia Humana“, coordinador de la campaña Petro, in: El Espectador: 05.07.2018, <https://www.elespectador.com/noticias/nacional/estan-asesinando-promotores-de-la-colombia-humana-gerente-de-la-campana-petro-articulo-798364>; 05.04.2019.

El Espectador 2018b: En el sur de Córdoba hay complicidad entre las autoridades y los grupos ilegales: líder social, in: El Espectador, 10.07.2018, <https://www.elespectador.com/colombia2020/pais/en-el-sur-de-cordoba-hay-complicidad-entre-las-autoridades-y-los-grupos-ilegales-lider-social-articulo-856884>; 05.04.2019.

El Nuevo Siglo 2018: 9.000 desplazados por alianza de narcos mexicanos y disidencias, in: El Nuevo Siglo, 13.12.2018, <https://elnuevosiglo.com.co/articulos/12-2018-9000-desplazados-por-alianza-de-narcos-mexicanos-y-disidencias>, 15.04.2019.

El País 2019: Fiscalía reconoce que sí hay sistematicidad en asesinato de líderes sociales en Colombia, in: El País, 11.01.2019, <https://www.elpais.com.co/colombia/fiscalia-reconoce-que-si-hay-sistematicidad-en-asesinato-de-lideres-sociales-en-colombia.html>; 16.07.2019.

El Tiempo 2017a: Líderes asesinados: la mayoría, en zonas claves para la paz; in: El Tiempo: 17.10.2017, <http://www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/asesinato-de-lideres-sociales-fue-en-14-zonas-de-circunscripciones-de-paz-142126>; 28.02.2018.

El Tiempo 2017b: Máscaras. Las peticiones de los líderes sociales siguen siendo plegarias que no llegan ni al cielo ni acá, in: El Tiempo, 22.12.2017, <http://www.eltiempo.com/opinion/columnistas/ricardo-silva-romero/mascaras-asesinato-de-lideres-sociales-164256>; 05.04.2019.

El Tiempo 2018a: 'Hay que ir a las estructuras detrás de estos asesinatos' Alberto Brunori dice que las pesquisas de los crímenes de líderes sociales deben ir más allá, in: El Tiempo, 07.07.2018, <https://www.eltiempo.com/colombia/otras-ciudades/entrevista-con-alberto-brunori-representante-de-la-onu-en-colombia-240768>; 30.12.2018.

El Tiempo 2018b: Indígenas entregan a la JEP informe de 231.000 agresiones en su contra. Organizaciones pusieron en conocimiento de esa justicia de paz 2.954 asesinatos de sus miembros, in: El Tiempo 09.08.2018, <https://www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/indigenas-entregan-a-la-jep-informe-de-231-000-agresiones-en-su-contra-253776>; 10.08.2018.

El Tiempo 2019a: 'El 35 % de las muertes ha sido por motivos particulares' La ministra del Interior Nancy Patricia Gutiérrez habla sobre los asesinatos de líderes sociales, in: El Tiempo, 12.01.2019, <https://www.eltiempo.com/politica/gobierno/nancy-patricia-gutierrez-el-35-de-las-muertes-ha-sido-por-motivos-particulares-313904>; 16.01.2019.

El Tiempo 2019b: 'Los escoltas y las medidas individuales no son suficientes', in: El Tiempo, 06.05.2019, <https://www.eltiempo.com/politica/gobierno/lideres-sociales-la-ministra-del-interior-se-refirio-sobre-el-atentado-contra-francia-marquez-357828>; 16.05.2019.

El Tiempo 2019c: Crearán grupo especializado de jueces para casos de líderes sociales, in: El Tiempo, 07.05.2019, <https://www.eltiempo.com/politica/gobierno/duque-anuncia-grupo-de-jueces-para-casos-de-lideres-sociales-358392>; 16.05.2019.

Escobar, Arturo 2008: Territories of Difference. Place, Movements, Life, Redes, Durham.

Fajardo-Heyward, Paola 2018: COLOMBIA 2017: Entre La Implementación y La Incertidumbre, in: Revista de Ciencia Política 38: 2, 233–258.

FíP (Fundación Ideas para la Paz) 2018: Sin política pública contra los homicidios no es posible proteger la vida en Colombia (Notas Estratégias 07), Bogotá.

Global Witness 2016: Defenders of the Earth. Global Killings of Land and Environmental Defenders in 2016, London.

Global Witness 2017: At What Cost? Irresponsible Business and the Murder of Land and Environmental Defenders in 2017, London.

Guevara, Carlos 2019: Panorama de las personas de derechos humanos y líderes sociales en riesgo en Colombia, 2018–2019 (Policy Brief 1-2019), Instituto Colombo-Alemán para la Paz, Bogotá.

Hacemos Memoria 2018: „Iban por las tierras“, el informe que presentaron víctimas y reclamantes de Urabá y Bajo Atrato a la JEP, in: Hacemos Memoria, 11.12.2018, <http://hacemosmemoria.org/2018/12/11/informe-victimas-reclamantes-uraba-bajo-atrato-jep/>; 16.04.2019.

Heinrich-Böll-Stiftung Colombia/Cumbre Agraria Campesina/Étnica y Popular;Coordinación Social y Política Marcha Patriótica/Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz,Indepaz 2018: Informe especial de Derechos Humanos Situación de lideresas y líderes sociales, de defensoras y defensores de derechos humanos y de excombatientes de las Farc-EP y sus familiares (Ideas Verdes Análisis Políticos, No 8), Bogotá.

Helfrich, Linda/Kurtenbach, Sabine 2006: Kolumbien – Wege aus der Gewalt: zur Frage der Transformation lang anhaltender Konflikte (Forschung DSF, 5), Osnabrück.

Hide, Steve 2019: All Part of a Plan? Study Throws Light on Social Leader Killings in Colombia, in: The Bogotá Post, 01.02.2019, <https://thebogotapost.com/all-part-of-a-plan-study-throws-light-on-social-leader-killings-in-colombia/34711/>; 19.06.2019.

HRW (Human Rights Watch) 2017: World Report 2017; 20.07.2018.

HRW 2018: Colombia Events of 2018; 17.07.2019.

Hurtado, Paola/Gutierrez, Jennifer/Gómez, Laura Natalia/Barbosa, Francy 2019: Lideresas sociales en Colombia: el relato invisible de la crueldad, CODHES/USAID.

ICG (International Crisis Group) 2017: Colombia's Armed Groups Battle for the Spoils of Peace (ICG Latin America Report No 63), <https://www.crisisgroup.org/latin-america-caribbean/andes/colombia/63-colombias-armed-groups-battle-spoils-peace/>; 15.04.2019.

Kroc Institute for International Peace Studies 2018: State of Implementation of the Colombian Peace Agreement (Report Two December 1, 2016 – May 31, 2018), Bogotá.

Kroc Institute for International Peace Studies 2019a: Quinto Informe de verificación de la implementación de Acuerdo Final en Colombia Para los Verificadores Internacionales Felipe Gonzáles y José Mujica (A.F. 6.3.2), Bogotá.

Kroc Institute for International Peace Studies 2019b: Actualización informe 3 del Instituto Kroc hacia una paz de calidad en Colombia, Bogotá.

LAFM 2018: UNP reconoce no tener capacidad para proteger a todos los líderes sociales del país, in: LAFM, 10.07.2018, <https://www.lafm.com.co/colombia/unp-reconoce-no-tener-capacidad-para-proteger-todos-los-lideres-sociales-del-pais/>; 19.06.2019.

LeGrande, Catherine C. 2003: The Colombian Crisis In Historical Perspective, in: Canadian Journal of Latin American and Caribbean Studies/Revue canadienne des études latino-américaines et caraïbes 28: 55/56, 165–209.

Morenz, Ulrich 2017: Ethnische soziale Bewegungen, in: Fischer, Thomas/Klengel, Susanne/Pastrana Buelvas, Eduardo (Hrsg.): Kolumbien heute Politik, Wirtschaft, Kultur, Frankfurt a. M. , 227–242.

OHCHR (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights) 2018: Annual Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the Situation of Human Rights in Colombia (Human Rights Council Thirty-seventh session).

ONIC (Organización Nacional Indígena de Colombia) 2018: Informe sobre criminalización y ataques contra los pueblos y comunidades indígenas que defienden sus derechos en Colombia (Marzo de 2018).

Pares (Fundación Paz y Reconciliación) 2018a: Cómo Va La Paz 2018, Bogotá.

Pares (Fundación Paz y Reconciliación) 2018b: #NosEstánMatando: Los asesinos de líderes sociales no tienen nombre, <http://www.pares.com.co/nosestanmatando-los-asesinos-de-lideres-sociales-no-tienen-nombre/>; 03.01.2019.

Pares (Fundación Paz y Reconciliación) 2018c: Vivir bajo amenazas: la violencia invisible contra líderes sociales, <http://www.pares.com.co/vivir-bajo-amenazas-la-violencia-invisible-contra-lideres-sociales/>; 04.01.2019.

Pares (Fundación Paz y Reconciliación) 2018d: Trayectorias y dinámicas territoriales de las disidencias de las FARC, <http://www.ideaspaz.org/publications/posts/1662>; 10.05.2019.

Peña Huertas, Rocío del Pilar 2018: From Transitional Justice to Post-Agreement Rural Reform: Many Obstacles and a Long Way to Go, in: Díaz Pabón, Fabio (Hrsg.): Truth, Justice and Reconciliation in Colombia. Transitioning from Violence, London, 87–101.

Pérez Corredor, Carlos Eduardo 2018: Los “Enemigos Del Desarrollo”. Sobre Los Asesinatos De Líderes Sociales En Colombia, in: Iberoamérica Social 6: XI, 92–111.

Prem, Mounu/Rivera, F, Andrés/Romero, A., Dario/Vargas, F., Juan 2018: Killing Social Leaders for Territorial Control: The Unintended Consequences of Peace, Universidad del Rosario (Serie Documentos de Trabajo, No. 218), <https://ideas.repec.org/p/col/000092/016385.html>; 22.07.2019.

Procuraduría General de la Nación 2018: Violencia sistemática contra defensores de derechos territoriales en Colombia (Informe Abril de 2018), Instituto de Estudios del Ministerio Público: Bogotá.

PSD (Programa Somos Defensores) 2014: D de Defensa. Informe Anual 2013 SIADDHH (Sistema de Información sobre Agresiones contra Defensores y Defensoras de DD.HH. en Colombia), Bogotá.

PSD 2015: La Divina Comedia. Informe Anual 2014 SIADDHH (Sistema de Información sobre Agresiones contra Defensores y Defensoras de DD.HH. en Colombia), Bogotá.

PSD 2016a: El Cambio. Informe Anual 2015 SIADDHH (Sistema de Información sobre Agresiones contra Defensores y Defensoras de DD.HH. en Colombia), Bogotá.

PSD 2016b: Stop Wars – Páren la Guerra Contra Defensores(as). SIADDHH (Sistema de Información sobre Agresiones contra Defensores y Defensoras de DD.HH. en Colombia), Bogotá.

PSD 2017: ¡AGÚZATE! Informe semestral 2017 SIADDHH (Sistema de Información sobre Agresiones contra Defensores y Defensoras de DD.HH. en Colombia), Bogotá.

PSD 2018a: Piedra en el zapato. Informe Anual 2017 SIADDHH (Sistema de Información sobre Agresiones contra Defensores y Defensoras de DD.HH. en Colombia), Bogotá.

PSD 2018b: Más allá de las cifras. Segunda Parte. Informe Enero – Junio 2018 SIADDHH (Sistema de Información sobre Agresiones contra Defensores y Defensoras de los DD.HH), Bogotá.

PSD 2018c: Boletín trimestral SIADDHH (Sistema de Información sobre Agresiones contra Defensores y Defensoras de DD.HH. en Colombia), Bogotá.

PSD 2019: La Naranja Mecánica. Informe Anual 2018 SIADDHH (Sistema de Información sobre Agresiones contra Defensores y Defensoras de DD.HH. en Colombia), Bogotá.

Richani, Nazih 2018: Fragmented Hegemony and the Dismantling of the War System in Colombia, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, DOI: 10.1080/1057610X.2018.1462135, 1–26.

Saber es práctico/SAP 2019: Población de los departamentos de Colombia (2019), <https://www.saberespractico.com/demografia/poblacion-departamentos-colombia-2019/#listado>; 14.06.2019.

Sisma Mujer 2018: Análisis comparativo de los asesinatos a líderes, lideresas y defensoras/es de DDHH en Colombia Última revisión: 16 de octubre de 2018.

UNP (Unidad Nacional de Protección) 2019: ¿Quiénes somos?, <https://www.unp.gov.co/la-unp/quienes-somos/>; 16.04.2019.

UNAL (Universidad Nacional de Colombia)/Comisión Colombiana de Juristas (CCJ)/(CCJ)/IEPRI/VerdadAbierta/Coordinación Colombiana/Europa y los Estados Unidos/Programa Somos Defensores/ CINEP/Programa Por la Paz/ASCAMCAT/Ríos Vivos/Confederación Acción Comunal 2018: ¿Cuáles son los Patrones? Asesinatos de Líderes Sociales en el Post Acuerdo, Bogotá.

Wienand, Sandra/Tremaria, Stiven 2017: Paramilitarism in a Post-Demobilization Context? Insights from the Department of Antioquia in Colombia, in: *European Review of Latin American and Caribbean Studies* 103, 25–50.

Wolff, Jonas/Dietz, Kristina 2018: Kolumbien: Frieden durch Gewalt?, in: *Blätter für die deutsche und internationale Politik* 7, 25–28.

Zinecker, Heidrun 2002: Kolumbien – Wie viel Demokratisierung braucht der Frieden? (HSFK-Report Nr. 2), Frankfurt a. M.

Zinecker, Heidrun 2007: Kolumbien und El Salvador im longitudinalen Vergleich. Ein kritischer Beitrag zur Transitionsforschung, Baden-Baden.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ACNUDH	Alto Comisionado para los Derechos Humanos en Colombia
AGC	Autodefensas Gaitanistas de Colombia
ANT	Agencia Nacional de Tierras
AUC	Autodefensas Unidas de Colombia
Bacrim	Bandas Criminales/Kriminelle Banden
CAJAR	Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo
CCJ	Comisión Colombiana de Juristas
Cerac	Centro de Recursos para el Análisis del Conflicto
Cerrem	Comité de Evaluación de Riesgo y Recomendación de Medidas
CNMH	Centro Nacional de Memoria Histórica
CODHES	Consultoría para los Derechos Humanos y el Desplazamiento
ELN	Ejército de Liberación Nacional
EPL	Ejército Popular de Liberación
FARC-EP	Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo
Fíp	Fundación Ideas para la Paz
GAO	Grupos Armados Organizados/Organisierte bewaffnete Gruppen
HRW	Human Rights Watch
ICG	International Crisis Group
Indepaz	Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz

JEP	Jurisdicción Especial para la Paz/Sonderjustiz für den Frieden
NGO	Non Governmental Organisation/Nichtregierungsorganisation
OHCHR	Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights
ONIC	Organización Nacional Indígena de Colombia
PAO	Plan de Acción Oportuna de Prevención y Protección
Pares	Fundación Paz y Reconciliación
PSD	Programa Somos Defensores
SAT	Sistema de Alertas Tempranas
UNAL	Universidad Nacional de Colombia
UNP	Unidad Nacional de Protección/Nationale Schutzinheit
UP	Unión Patriótica

PRIF REPORT

Die PRIF Reports analysieren Hintergründe politischer Ereignisse und Entwicklungen und präsentieren wissenschaftliche Forschungsergebnisse in Deutsch oder Englisch.

Gromes, Thorsten (2019): A Humanitarian Milestone? NATO's 1999 intervention in Kosovo and trends in military responses to mass violence, PRIF Report 2/2019, Frankfurt/M.

Baldus, Jana/Berger-Kern, Nora/Hetz, Fabian/Poppe, Annika Elena/Wolff, Jonas (2019): Preventing Civic Space Restrictions. An Exploratory Study of Successful Resistance Against NGO Laws, PRIF Report 1/2019, Frankfurt/M.



www.hsfk.de/PRIF-Reports
www.hsfk.de/HSFK-Reports

PRIF SPOTLIGHT

Die PRIF Spotlights diskutieren aktuelle politische und gesellschaftliche Themen.

Coni-Zimmer, Melanie/Peez, Anton (2019): Deutschland im UN-Sicherheitsrat. Arria-Formel-Sitzungen als Instrument der Krisenbewältigung und -prävention, PRIF Spotlight 8/2019, Frankfurt/M.

Koll, Alexander (2019): Vertrauen ist gut, Kontrolle schwierig. Die US-Militärbasis Ramstein und die umstrittenen amerikanischen Kampfdrohneinsätze, PRIF Spotlight 7/2019, Frankfurt/M.



www.hsfk.de/PRIF-Spotlights

PRIF BLOG

Auf dem PRIF Blog erscheinen Beiträge zu aktuellen politischen Fragen und Debatten der Friedens- und Konfliktforschung. Die Blogbeiträge erscheinen in loser Folge in Deutsch oder Englisch.



<https://blog.prif.org/>

PRIF Reports und PRIF Spotlights sind Open-Access-Publikationen und können kostenlos auf www.hsfk.de heruntergeladen werden. Sie möchten die digitalen Ausgaben abonnieren? Bitte wenden Sie sich an: publikationen@hsfk.de.

 www.facebook.com/HSFK.PRIF

 www.twitter.com/HSFK_PRIF

 <https://blog.prif.org/>

SOPHIE RÄHME //

**KOLUMBIENS GEWALT-FRIEDEN.
ZUM ANSTIEG DER GEWALT GEGEN SO-
ZIALE AKTIVISTEN UND AKTIVISTINNEN
SEIT DEM FRIEDENSABKOMMEN 2016**

Der Ende 2016 ausgehandelte Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und der ältesten lateinamerikanischen Guerilla *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo* (FARC-EP) beendete einen mehr als 50 Jahre anhaltenden bewaffneten Konflikt und wurde international gefeiert. Doch mit der Unterzeichnung dieses Friedensschlusses sind die Probleme nicht gelöst, der Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens ist in vielerlei Hinsicht noch unsicher. Trotz weitgehend erfolgreicher Demobilisierung und der Waffenabgabe der FARC-EP sowie einer allgemeinen Reduktion der Gewalt stieg die Anzahl der Morde an „sozialen Anführerinnen und Anführern“ seit 2016 kontinuierlich an und erreichte 2018 einen nie zuvor dokumentierten Höchststand. Vor diesem Hintergrund sucht der vorliegende Report nach den Ursachen und Bedingungen, die diesem jüngsten Anstieg der Gewalt zugrunde liegen.

Sophie Rähme (B.A. Soziologie) ist Studentin im Master „Internationale Beziehungen/ Friedens- und Konfliktforschung“ an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sie arbeitet im Programmbereich „Innerstaatliche Konflikte“ an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).